



16. Stadtratsprotokoll / 16^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Mittwoch, 14. Oktober 2020, 18.00 Uhr
Séance du mercredi 14 octobre 2020 à 18h00

Ort: Volkshaus Biel, Grosser Saal
Lieu: Maison du Peuple à Bienne, Grande salle

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburg-Brom Dana, Bigler Jarno, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Gerber Andreas, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Gurtner-Oesch Sandra, Heiniger Peter, Koller Levin, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rochat Julien, Roth Myriam, Rüber Stefan, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strässler Thomas, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Torriani Latscha Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max Zimmermann Erwin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Frank Lena, Hamdaoui Mohamed, Helbling Beatrice, Tennenbaum Ruth

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich
Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

Steidle Silvia

Vorsitz / Présidence:

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées	Seite/Page
169. Genehmigung der Traktandenliste	495
170. Mitteilungen Stadtratsbüro	495
• Abrechnungen in der Kompetenz der GPK	495
171. Protokollgenehmigungen / (20. September 2018 / Nr. 11).....	496
172. 20200248 Stellenschaffungen / Stellenstreichungen per 01.01.2021	496
173. 20200260 Lakelive Festival / Leistungsvertrag für die Periode 2021 – 2024 / Verpflichtungskredit.....	502
174. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20200312, Tanner Anna, SP, Heiniger Peter, PdA, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Pittet Natasha, PRR, Rebetez Maurice, PSR, Roth Myriam, Grüne, «Systematische Verspätungen der ESD bei der Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen»	509
175. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20200313, Rebetez Maurice, Fraktion PSR, Stolz Joseline, Fraktion PSR, «Erweiterte und beheizte Terrassen... auch in der kalten Jahreszeit?»	510
176. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20200310, Pittet Natasha, PRR, Rebetez Maurice, PSR, Augsburg-Brom Dana, SP, Scheuss Urs, Grüne, Tanner Anna, SP, «Leistungsvertrag mit dem Verein für eine Sammlung literarischer Studien (ACEL)».....	510
177. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20200309, Francescutto Luca, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Solidarischer Gemeinderat»	510
178. 201800267 Schaffung «Reglement Spezialfinanzierung zur Umsetzung der Strategie Biel 2030».....	511
• Ordnungsantrag.....	516
179. Dringliches überparteiliches Postulat 20200224, Bohnenblust Peter, FDP, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Bord Pascal, PRR, Schneider Sandra, SVP, Gugger Reto, BDP, Brunner Thomas, EVP, Grupp Christoph, Grüne, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Arnold Niels, SP, «Das Budget 2021 soll mit Blick auf die mittelfristigen Finanzperspektiven diskutiert werden können»	517
180. 20200154 Budget 2021	518

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Aufgrund mehrerer Anfragen beim Ratssekretariat und mir bezüglich Maskenpflicht haben wir mit dem Kantonsarzt Kontakt aufgenommen, um unsere «marge de manoeuvre» abzuklären: Es besteht absolute Maskenpflicht, sei es am Platz oder Rednerpult. Die Maske darf lediglich zum Essen oder Trinken abgenommen werden. Soweit zu den Rahmenbedingungen.

Der Gemeinderat Beat Feurer hat mir in einem längeren Mail erklärt, welches ich bei Bedarf auch an die Medien weiterleite, wie gut Amerika mit der Pandemie umgeht und wir hier alles falsch angehen, weshalb er lediglich zu bestimmten Geschäften an der Sitzung teilnehmen wird. Ich finde das Benehmen für einen Sicherheitsdirektor der Stadt sehr bedenklich.

Auf Ihrem Tisch liegen folgende Unterlagen auf:

- Rückweisungsantrag der Fraktion Einfach libres! zu Traktandum 5 «Lakelive Festival / Leistungsvertrag 2021 – 2024 / Verpflichtungskredit» (oranges Blatt)
- Änderungsantrag der Fraktionen GLP, PRR, FDP zu Traktandum 6 «Reglement Spezialfinanzierung zur Umsetzung der Strategie Biel 2030» (grünes Blatt)
- Änderungsantrag der Fraktionen FDP, PRR zu Traktandum 8 «Budget 2021» (lila Blatt)
- Änderungsantrag der Fraktionen FDP, PRR zu Traktandum 8 «Budget 2021» (lachsfarbenes Blatt)
- Änderungsantrag der Fraktionen PRR, PSR, Passerelle, Einfach libres! zu Traktandum 8 «Budget 2021» (rosa Blatt)
- Anpassungen Botschaft zum Traktandum 8 «Budget 2021» (weisses Blatt)
- Rückweisungsantrag der Fraktionen FDP, PRR zu Traktandum 12 «Scheibenweg / Bushaltestelle und Gestaltung / Verpflichtungskredit» (blaues Blatt)

Die GPK hat angekündigt, zu Beginn der Sitzung eine Mitteilung zu machen, ich erteile das Wort deshalb Frau Pittet.

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: Conformément à la communication de la Commission de gestion (CDG) faite lors de la dernière séance du Conseil de ville, je vous informe que la CDG a pu recevoir, après demande, toutes les informations et la documentation nécessaires à la préparation du dossier. Vous vous souvenez, sans doute, que la solution actuelle est provisoire et que la CDG, le Bureau du Conseil de ville, le Conseil municipal, la Chancellerie et nos experts respectifs ont une nouvelle séance le 27 octobre 2020 pour tenter de régler le sujet de la consultation des dossiers par la CDG. Suite aux résultats des élections municipales, la présidente actuelle de la CDG, Madame Frank, ne prendra plus le lead lors de ces discussions mais sera remplacée par la vice-présidente actuelle, moi-même. La présidente assistera néanmoins à la séance, tout comme Madame Tanner, en tant que représentante de la gauche à la CDG. La CDG entend ainsi prévenir toutes impressions éventuelles de partialité ou de manquement au principe de la séparation des pouvoirs au cours de cette discussion.

169. Genehmigung der Traktandenliste

Steinmann Alfred, SP: Ich habe einen Vorschlag zur Änderung der Traktandenliste, Herr Briechle hat mich darauf aufmerksam gemacht: Mein dringliches Postulat 20200184 «Beschlussfähigkeit des Parlaments in Krisensituationen ermöglichen» ist als Punkt 17 aufgeführt. Bedingt durch die Situation, dass das Corona-Virus wieder eskalieren könnte, sollte mein Vorstoss dringlich behandelt werden, weshalb ich beantrage, dieses nach den Gemeinderatsgeschäften spätestens aber bis morgen Abend zu traktandieren. Ich danke für Ihre Unterstützung.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Da eine Mehrheit dem Antrag von Herrn Steinmann zustimmt, wird die Traktandenliste mit dieser Änderung genehmigt und wir werden das Postulat nach den Gemeinderatsgeschäften behandeln.

Augsburger-Brom Dana, Passerelle: Ich habe eine Frage zur Traktandenliste: Ich vermisste die Revision der Stadtordnung, da wir in der Novembersitzung 2019 mit der Debatte begonnen haben und der Stadtratspräsident mitgeteilt hatte, dass das Geschäft im Dezember 2019 nicht traktandiert werde. Bedingt durch Corona wurde es immer wieder verschoben und ich habe es auch lange nicht vermisst. Das Geschäft sollte jedoch auf der Traktandenliste bei den Überträgen ersichtlich sein, aber es ist verschwunden und niemand weiss, wie es weitergeht. Da nächstes Jahr eine neue Legislatur beginnt und das Parlament neu gewählt wird, sollten wir noch die Verantwortung übernehmen. Das Geschäft sollte nochmals traktandiert werden, damit eine Richtung vorgegeben werden kann, wie die Revision weitergeführt werden soll. Denn es wird doch schwierig für das neue Parlament, das Geschäft weiter zu behandeln. Soll wieder von Anfang begonnen werden oder wie stellen wir uns das vor? Deshalb beantrage ich, das Geschäft im November nochmals zu traktandieren, um das weitere Vorgehen zu bestimmen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Die Traktandierung eines Geschäfts liegt in der Kompetenz des Stadtratspräsidenten und ich bin gerne bereit, mich der Sache anzunehmen, wenn eine Mehrheit den Antrag Frau Augsburger-Brom unterstützt. Das ist jedoch nicht der Fall: **Der Stadtrat lehnt den Antrag von Frau Augsburger-Brom ab.**

Ich bin der Meinung, dass vor der erneuten Aufnahme des Geschäfts auf die Traktandenliste eine vorbereitende Standortbestimmung der Kommission stattfinden sollte.

170. Mitteilungen Stadtratsbüro

Abrechnungen in der Kompetenz der GPK

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: *(Herr Feuer ist noch nicht anwesend).* Die Anwesenheit von Gemeinderat Herr Feuer wäre für die beiden viel zu spät eingereichten Abrechnungen angebracht.

Klemmer Regula, Ratssekretärin: Die GPK hat anlässlich ihrer Sitzung vom 8. Oktober 2020 die folgenden Abrechnungen der Nachkredite der Direktion Soziales und Sicherheit in eigener Kompetenz einstimmig und mit folgenden Bemerkungen genehmigt:

1. 20120329 Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeugs der Feuerwehr
Für die Kreditüberschreitung von CHF 26'976.55 wurde erst nach der Abrechnung eine nachträgliche Genehmigung eingeholt. Ausserdem wurden Kosten für Feuerwehrmaterial nicht dem Verpflichtungskredit sondern dem ordentlichen Budget belastet.
2. 20190146 Ersatz von Sammelparkuhren und Ticketautomaten
Auch für die Kreditüberschreitung von CHF 21'296.15 wurde erst nach der Abrechnung eine nachträgliche Genehmigung eingeholt. Ferner wurde die Projektbegleitung einer externen Firma nicht dem Verpflichtungskredit sondern dem ordentlichen Budget 2018 belastet. Auf die Korrektur wurde aus Gründen der Wesentlichkeit und des Aufwands verzichtet.

Die GPK empfiehlt dem Gemeinderat einmal mehr dringend, für solche Projekte im Rahmen eines IKS proaktive Kontrollprozesse einzuführen.

171. Protokollgenehmigungen / (20. September 2018 / Nr. 11)

Das Protokoll wird stillschweigend genehmigt.

172. 20200248 Stellenschaffungen / Stellenstreichungen per 01.01.2021

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: Chaque année en tant que parlementaire, nous pensons que ces créations de postes sont difficiles à juger. C'est aussi un rapport particulièrement difficile à juger pour la CDG dont la tâche principale est de surveiller la bonne marche de l'Administration. Dans l'exercice de cette fonction, nous voyons régulièrement que certaines directions, certains services auraient besoin de plus de personnel. Il ne revient donc pas à la Commission de gestion de définir si un poste est nécessaire ou non. C'est pour cette raison, comme nous l'avons déjà dit l'année dernière, que nous trouvons qu'il serait intéressant que cette compétence de la création ou suppression des postes appartienne au Conseil municipal dans le nouveau Règlement de la Ville qui va peut-être être adopté l'année prochaine. Le Conseil de ville quant à lui décide du budget global du personnel qui sera décidé dans sa répartition par le Conseil municipal. Néanmoins, je peux dire que cette année, il y a peu de création de postes. Ceci est peut-être dû à la situation sanitaire actuelle.

Nous constatons aussi que la création de plusieurs postes à la Direction de la formation, de la culture et du sport ainsi que celle des finances mais aussi au Département du personnel sont dus à l'augmentation de la population de Bienne. Il n'y a donc plus de services à rendre à la population. La CDG vous recommande d'accepter ces créations de postes définitifs, tout en notant qu'il y a 4.9 postes au Département

des finances qui disparaissent. Nous nous sommes renseignés à ce sujet et avons été contents d'apprendre que ces postes prévus au Département de l'impôt anticipé, ont été transférés au Canton. On sait donc que personne n'a perdu son travail et qu'il s'agit uniquement d'une réduction des tâches pour la Ville.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Unsere Fraktion hat die Stellenschaffungen im Bezug auf die finanzielle Situation der Stadt Biel betrachtet und dazu das Budget zu Rate gezogen. Ausserdem haben wir betreffend die Stellenschaffungen geprüft, welche in erster oder zweiter Priorität notwendig sind. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir nicht mit allen Stellenschaffungen einverstanden sind und zudem pro Direktion eine Abstimmung beantragen.

Betreffend die Stellenschaffung der Präsidialabteilung im HR-Bereich ist bekannt, dass die Abteilung seit Jahren unterdotiert ist, weshalb wir damit einverstanden sind. Auch der Stellenschaffung in der Finanzdirektion bezüglich IKS und Steuern, die durch die Stellenstreichungen kompensiert wird und prioritäre Aufgaben der Stadt betrifft, stimmen wir zu. Genauso wie die Abteilung Informatik und Logistik, da die Digitalisierung immer wichtiger wird und neue Stellen benötigt werden. Die Stellenschaffung der Direktion Soziales und Sicherheit wird zum einen vom Kanton Bern finanziert und zum anderen über die Sonderrechnung «Feuerwehr» mit bestehenden Einnahmen kompensiert und belastet somit die Finanzen der Stadt Biel nicht zusätzlich.

Die Stellenschaffungen der Direktion Bildung, Kultur und Sport lehnt unsere Fraktion ab, da der Bedarf nicht dringend ist und gemäss Budget sich die Direktion nicht bemüht hat, die Mehrausgaben intern zu kompensieren. Angesichts der CHF 26 Mio. operativem Verlust der Stadt Biel ist es für uns nicht annehmbar, zusätzliche Mehrkosten zu generieren, ohne diese zu kompensieren. Es handelt sich um nicht zwingend notwendige Stellenschaffungen betreffend die Förderung der Quartiere und den soziokulturellen Animationen im Quartier. Gemäss meiner Berechnung geht es um 400 Stellenprozente, es werden aber lediglich 310 % beantragt, womit 90 % nicht beantragt werden, falls ich es richtig verstanden habe. Auch die Stellenschaffungen der Direktion Bau, Energie und Umwelt sind unserer Ansicht nach nicht zwingend notwendig, die Arbeit kann mit bestehendem Personal bewältigt werden. In dieser Direktion wurden ebenso keine Anstrengungen zur internen Kompensation der Mehrausgaben vorgenommen, weshalb wir die Stellenschaffungen ablehnen.

Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO: Im Gegensatz zur Fraktion SVP/Die Eidgenossen sind für die Fraktion SP/JUSO sämtliche definitiven Stellenschaffungen angebracht und deren Bedarf nachgewiesen. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass der Gemeinderat die definitiven Stellenschaffungen mit Bedacht angeht. Im Bericht zum Budget wird auf Seite 13 die Entwicklung des Personalbestands schematisch dargestellt. Ein Vergleich dieser mit der Bevölkerungsentwicklung wäre interessant, denn wir haben den Eindruck, dass unsere Verwaltung sehr «schlank aufgestellt» ist. Es ist davon auszugehen, dass die aktuell neu geschaffenen Stellen lediglich den dringendsten Bedarf decken, wie auch von der GPK-Sprecherin angedeutet. Die definitive Schaffung von Stellen ist immer ein Balanceakt zwischen Bedarf und verfügbaren Mitteln, der sicher für den Gemeinderat keine einfache Angelegenheit ist. In diesem Sinne unterstützt die Fraktion SP/JUSO die Stellenschaffungen.

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: Nous tenons à remercier le Conseil municipal pour les explications détaillées concernant ce rapport. Durant les discussions, l'importance de tous les postes à créer ou supprimer a été relevée. Cependant, le Groupe PSR tient à souligner la nécessité de doter la Direction de la formation, de la culture et du sport des moyens nécessaires permettant de faire face aux nombreuses exigences actuelles. La forte augmentation du nombre d'élèves entraîne forcément une planification des classes et du personnel qui se voit plus complexe et plus conséquente. Il est à souligner que la création de ces différents postes correspond à l'augmentation des mandats en cours et ne représente finalement qu'une sorte de correction des moyens mis à disposition de cette direction. Le travail social scolaire, par exemple, reste même en deçà des recommandations cantonales en vigueur. Il en va de même pour le service de l'encouragement précoce dans les quartiers ainsi que pour l'animation socio-culturelle. Du reste, le travail qui se fait à travers les Info quartiers mériterait certainement d'être encore mieux mis en valeur. Ceci permettrait une plus grande proximité avec la population.

Au niveau de la Direction des travaux publics, des transports et de l'énergie la confirmation du poste de responsable de projet spécifique au domaine de l'environnement est également essentielle afin de répondre au mieux à la mise en oeuvre de la Stratégie climatique et du Règlement sur le climat. Il est important également d'assurer la sécurité de la population en tenant compte des effets possibles du dérèglement climatique tel que les crues et les éboulements. La création définitive des 9.6 postes sera partiellement compensée par la suppression des 4.9 postes à la Direction des finances. Suite à l'analyse complète du rapport présenté par le Conseil municipal, le Groupe PSR estime judicieux de procéder à ces ajustements de postes.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Im Gegensatz zur Fraktion SVP/Die Eidgenossen, welche genau weiss, welche Stellen zu schaffen notwendig sind und welche nicht, ist es für unsere Fraktion schwierig, dies zu beurteilen. Wir wissen, dass es in der Kompetenz des Stadtrats liegt, die neuen Stellen zu schaffen, aber mit unserem Wissenstand ist es schwierig abzuschätzen, welche Stelle benötigt wird und welche nicht. Schlussendlich bestimmen wir jedes Jahr über neue Stellenschaffungen und aus provisorischen Stellen werden definitive, ein Déjà-vu also. Kurz gesagt, wir sind mit dem System, kontinuierlich jährlich neue Stellen zu schaffen, nicht einverstanden. Aber es geht uns nicht um das Personal, welches hervorragende und professionelle Arbeit für die Stadt leistet, was es zu estimieren und hervorzuheben gilt. In schwierigen Zeiten wie aktuell der Pandemie muss uns bewusst sein, dass zusätzliche Stellen letztendlich nur über Steuereinnahmen finanzierbar sind. In der Budgetdebatte werden wir aber Kenntnis von den dramatischen Ertragseinbussen der Steuereinnahmen nehmen und es muss versucht werden, die Kosten zu plafonieren. Die neuen Stellenschaffungen bestehen nicht nur aus Lohnkosten, es entstehen daraus Kosten für die Infrastruktur usw. Mit Blick auf die Änderungsanträge, die bei der Budgetdebatte folgen werden, können wir diesem Geschäft nicht zustimmen. Die Fraktion FDP wird sich deshalb mehrheitlich der Stimme enthalten.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion Einfach libres!: Unsere Fraktion unterstützt dieses Geschäft, die Stellenschaffungen sind begründet, es handelt sich nicht um neue Stellen und jedes Jahr entsteht dieselbe Diskussion. Sobald sich die Bevölkerung und somit der Arbeitsaufwand vergrössert, müssen logischerweise die Ressourcen angepasst werden. Jedes Jahr überträgt der Kanton den Gemeinden mehr Aufgaben

und der Stadtrat stellt neue Anforderungen, die erfüllt werden müssen. Wie vom Gemeinderat im Bericht erwähnt, muss die Standortattraktivität erhöht und der Service public aufrechterhalten werden. Auch die Gesundheit des Personals der Stadtverwaltung darf nicht unter der Situation der Arbeitsüberlastung leiden. Wir haben festgestellt und es hat uns erstaunt, dass die SVP mehrmals neue Tools eingebracht hat und sobald neue Tools entstehen, müssen diese unterhalten werden. Wir haben diesbezüglich dem Gemeinderat die Frage gestellt, wie die Stadt das «Pace Management» für die Verkehrsbetriebe handhabt, ob ein Vertrag besteht und ob pauschal oder pro Stunde abgerechnet wird. Wir haben eine Antwort erhalten und der zuständige Gemeinderat könnte vielleicht kurz dazu Stellung nehmen.

Gurtner-Oesch Sandra, Fraktion GLP: Wie Frau Augsburgers bereits erwähnt hat, diskutieren wir jedes Jahr wieder, welche Stellen geschaffen werden sollen und welche nicht. Wir sind derselben Meinung wie der Sprecher der FDP, Stellenschaffungen sind eine operative Angelegenheit. Es geht nicht darum, ob die Stellenbeschreibung in diesem Geschäft sinnvoll ist, sondern um die Situation im entsprechenden Departement oder der Abteilung, um die Auslastung der Angestellten und eine eventuelle Zusammenlegung der Abteilungen. Und ehrlich gesagt, können wir dies nicht wirklich beurteilen und uns für oder gegen eine Stellenschaffung aussprechen. Deshalb sind wir auch der Ansicht, dass dies eine Änderung in der Stadtordnung benötigt und wir über das Budget entscheiden. Beim Betrachten des Budgets resp. des Personalaufwands stellen wir fest, dass dieser um CHF 2 Mio. gestiegen ist, im Vergleich zum Beginn der Legislatur beträgt die Differenz 10% und zu zwei Legislaturen zuvor 40%. Aufgrund dieser enormen Zahlen wäre nun zu vergleichen, ob der Aufgabenaufwand oder das Bevölkerungswachstum sich im selben Rahmen entwickelt hat. Jedoch ist jetzt keine Budgetdiskussion angesagt, sondern eine Evaluation über die aktuelle Situation der Stadt. Wir stehen vor einer grossen Rezession, welche es nun gemeinsam zu bewältigen gilt. Unsere Fraktion wird deshalb unmotiviert diesen Stellenschaffungen zustimmen und das Notwendige über das Budget regeln.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Ich vertrete die aus gesundheitlichen Gründen abwesende Frau Frank, welche als GPK-Mitglied sehr gut Bescheid über den Bedarf an Stellenschaffungen weiss. Sie hat uns empfohlen, dem Gemeinderat in diesem Geschäft zu folgen und unsere Fraktion stimmt damit überein. Ich bin dahingehend einverstanden mit den zwei letzten Vorrednerinnen, dass es für den Stadtrat schwierig ist, über den Bedarf an Stellenschaffungen und -streichungen zu urteilen. Wir sind das falsche Organ dafür. Deshalb ist es richtig, dass in der neuen Stadtordnung diese Kompetenz an den Gemeinderat übergeht, was für den grössten Teil der Stadtverwaltung sinnvoll ist. Das Votum von Herrn Scherrer zeigt meines Erachtens auf, weshalb dieses Geschäft nicht mit der politischen Brille betrachtet werden sollte. Er hat die Stellenschaffungen nach dem politischen Programm der SVP beurteilt und es ist deshalb nicht erstaunlich, dass er zum Schluss kommt, dass die Stellenschaffungen im BKS sowie BEU nicht notwendig sind. Die Begründung, dass die Stellen im DSS geschaffen werden sollten, weil sie vom Kanton subventioniert sind, ist als solches genauso fraglich, werden doch die Steuern für den Kanton und die Stadt auch vom selben Steuerzahler bezahlt. Der Gemeinderat hat dieses Geschäft aufgrund von Fakten und Notwendigkeiten geprüft, weshalb wir ihm folgen werden.

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: J'abonde dans le sens de la deuxième préopinante afin de souligner le problème que constitue l'augmentation spectaculaire des charges du personnel ces dernières années, dans le cadre de nos comptes et budgets. Cette augmentation n'a aucune relation avec l'augmentation de la population, comme cela a été dit. Notre groupe est persuadé qu'il y a là une attention particulière à apporter sur cet aspect de la planification financière de notre Ville. Cette coupe dans les effectifs du personnel passe aussi par le rapport concernant la création et suppression des postes. Toutefois, comme cela a déjà été dit, nous estimons que le Conseil de ville n'est pas l'organe idoine afin de discuter de cela en détail. C'est pour cette raison que nous allons nous abstenir de voter et revenir sur la question dans le cadre de la discussion sur le budget.

Bohnenblust Peter, FDP: Wie bereits erwähnt, liegt die Kompetenz bezüglich Stellenschaffungen und -streichungen faktisch bereits beim Gemeinderat, da er die provisorischen Stellen schafft und der Stadtrat quasi keine andere Möglichkeit hat als diese zu bewilligen. Mir persönlich fehlt ein wenig die Diskussion über den finanziellen Aspekt: Wir gehen z. B. davon aus, dass wir 4.7 Stellen schaffen, die neu zu finanzieren sind, was so nicht korrekt ist. Weshalb? Die 4.9 Stellen, die gestrichen werden, sind Stellen des Kompetenzzentrums «Quellensteuer», welches selber Gelder generiert hat und die Stadt nichts kostete, da der Kanton dies finanziert. Da sie wieder an den Kanton zurück verlagert werden, spart die Stadt somit auch nichts ein, sondern schafft 9.6 neue Stellen auf ihre Kosten. Ich möchte damit anregen, dass die finanzielle Seite der Stellenschaffungen in Zukunft bei diesem Geschäft diskutiert wird. In der ganzen Budgetdiskussion geht dieser Posten verloren.

Scherrer Martin, SVP: Da Herr Grupp «fake news» verbreitet, muss ich nochmals das Wort ergreifen. Bei der DSS geht es uns nicht um Herrn Feurer und sie ist auch kein Bestandteil unseres Antrags. Es betrifft lediglich die anderen vier Direktionen, denen kein SVP-Gemeinderat vorsteht. Wir haben anlässlich der Notwendigkeit der Stellen, dem prioritären Bedarf und der finanziellen Situation der Stadt und nicht aufgrund unseres politischen Programms entschieden. Mit Genugtuung nehme ich zur Kenntnis, dass die SVP gemäss den anderen Fraktionssprechern die einzige kompetente Fraktion ist resp. die einzige Fraktion, welche sich als kompetent erachtet.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Ich will lediglich kurz mein Votum korrigieren bezüglich Abstimmung der Fraktion: Wir werden nicht unmotiviert zustimmen, sondern uns motiviert enthalten.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Besten Dank für die insgesamt gute Aufnahme dieses Geschäfts. Es ist korrekt, dass der Stadtrat über bereits bestehende Stellen diskutiert, dies war sein Wunsch. Die Stellen werden für zwei Jahre provisorisch geschaffen, damit der Gemeinderat deren Notwendigkeit prüfen kann und der Stadtrat mit einer materiellen Grundlage über die Stellenbeschaffung beschliessen kann. Die erneute Diskussion der Regulierung der Stellenschaffungen über die Finanzen können wir anlässlich der Teilrevision der Stadtordnung führen. Obwohl das aktuelle System für Sie eher unbefriedigend und schwerfällig ist, können Sie über Stellen entscheiden, welche ihre Notwendigkeit bereits erwiesen haben.

Herrn Scherrer sage ich: Prioritär versus sekundär ist gleich arbiträr, das war mein erster Gedanke bei Ihrem Votum. Ihre Erkenntnis ist für mich nicht nachvollziehbar. Ich

denke die Mehrheit des Stadtrats wird dem Gemeinderat folgen, der sich mit dem Geschäft vertieft auseinandergesetzt hat, wie dies auch von der GPK rapportiert wurde. Ihre Zahlen, Herr Scherrer, sind in einem Punkt nicht richtig: Der operative Verlust beträgt nicht CHF 26 Mio., sondern CHF 25 Mio. Jedoch hatten Sie recht bezüglich der 100%-Stelle: Es handelt sich um einen Tippfehler bei der Dienststelle «Zentrale Dienste» der BKS. Bei der Dienststelle «Zentrale Dienste» handelt es sich um eine Erhöhung von 90% auf 100%; ich entschuldige mich für den Fehler.

Ohne MitarbeiterInnen, Herr Leuenberger, gibt es keinen Service public, d. h. wenn die Bevölkerung zunimmt, wenn Aufgaben von den übergeordneten Staatsebenen an die Städte delegiert werden und zusätzliche Aufgaben, welche der Stadtrat beschliesst, anfallen, können die Personalkosten lediglich plafoniert werden, indem das Leistungsniveau gesenkt wird oder es wird auf bestimmte Aufgaben verzichtet. Ein zunehmendes Aufgabenpaket für eine wachsende Bevölkerung in gleichbleibender Qualität zu erbringen, ist realistisch gesehen nicht machbar. Das Wachstum der Stadt ist ein positiver Aspekt und zeigt Entwicklungspotenzial, jedoch muss die Stadtverwaltung mitwachsen können. Vor zwei Jahren hat der Gemeinderat die Querschnittsaufgaben aufdotiert, weshalb jetzt die definitiven Stellenschaffungen in der Informatik und dem Personal anstehen.

Frau Augsburg er wünscht, dass ich mich zu der Zusammenarbeit mit den Verkehrsbetrieben (VB) äussere: Es besteht eine Vereinbarung über eine jährliche Pauschalabgeltung von CHF 120'000 für das erbrachte Mengengerüst, welches periodisch evaluiert wird. Es besteht keine Quersubventionierung der Stadt zugunsten der VB, die Kosten werden vom Personal fakturiert.

Zu Ihrem Wunsch nach mehr Informationen bezüglich der Zahlen, Herr Bohnenblust, kann ich folgendes anfügen: Das Raster des vorliegenden Berichts haben wir in den letzten Jahren zusammen mit der GPK weiterentwickelt und erneute Änderungen würden wieder zu Diskussionen führen. Ihr Votum hat gezeigt, dass alle Informationen verfügbar sind, die zahlenmässigen Konsequenzen der Stellenschaffungen sind bereits bei der provisorischen Schaffung im Budget ersichtlich.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich danke dem Stadtpräsidenten für sein Vertrauen in den Stadtrat, aber aus den Voten von drei anderen RednerInnen ist ersichtlich, dass sie nicht verstanden haben, dass die Stellen nicht kompensiert werden, sondern Einnahmen wegfallen und die neuen Stellen ganz von der Stadt finanziert werden müssen. Ich erwarte vom Gemeinderat, dass er dies so kommuniziert und nicht ein Stadtrat darauf hinweisen muss.

Abstimmungen

- über den Antrag von Herrn Scherrer, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, die Stellenschaffung der BKS (Schule & Sport) von 3.10 Stellen zu streichen

Der Antrag wird abgelehnt

- über den Antrag von Herrn Scherrer, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, die Stellenschaffung der BAU (Generalsekretariat, Infrastruktur) von 2.00 Stellen zu streichen

Der Antrag wird abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 26.08.2020 betreffend Stellenschaffungen/Stellenstreichungen per 01.01.2021, gestützt auf Art. 40, Abs. 1, Ziffer 1, Buchstabe j der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Unter Vorbehalt der Annahme des Voranschlages der Einwohnergemeinde Biel für das Jahr 2021 durch die Stimmberechtigten der Stadt Biel werden auf den 1. Januar 2021
 - 2.00 Stellen in der Präsidialdirektion (Personelles)
 - 2.50 Stellen in der Finanzdirektion (Finanzen, Informatik und Logistik)
 - 3.10 Stellen in der Direktion Bildung, Kultur & Sport (Schule & Sport)
 - 2.00 Stellen in der Direktion Bau, Energie und Umwelt (Generalsekretariat, Infrastruktur)

definitiv geschaffen.

- 4.90 Stellen in der Finanzdirektion (Steuern)

definitiv gestrichen.

2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieser Beschlüsse beauftragt.

173. 20200260 Lakelive Festival / Leistungsvertrag für die Periode 2021 – 2024 / Verpflichtungskredit

Wendling Cécile, GPK: Die GPK stimmt dem vorliegenden Leistungsvertrag zu, die Vorgeschichte resp. der Hintergrund für die Realisierung dieses Festivals ist massgebend zu berücksichtigen. Der Ursprung liegt in der Ausschreibung der Stadt Biel im 2017, als ein Veranstalter für die Durchführung eines Sommerfestivals in der Bieler Seebucht gesucht wurde. Deshalb läuft dieser Leistungsvertrag periodisch nicht gleich wie die Kulturverträge und die Zuständigkeit liegt bei der Präsidialdirektion. Das Festival wird organisiert durch die Lakelive GmbH, welche mit der erfolgreichen Durchführung im 2019 bewiesen hat, dass ihr vielfältiges Konzept funktioniert wie ursprünglich gedacht. Es ist eine kombinierte Veranstaltung aus Sport, Kultur und Musik und ist eine Plattform für möglichst viele verschiedene Institutionen. Auch die sprachliche Vielfalt ist gegeben wie aus dem Leistungsvertrag hervor geht. Die inhaltliche Ausgestaltung des Vertrags ist aus Sicht der GPK gut, die notwendigen Resolutivbedingungen- und massnahmen für Anpassungen an veränderte Gegebenheiten sind vorgesehen. Die Covidbestimmung, eine Rückerstattungspflicht und ein Vorbehalt aufgrund fehlender Bewilligungen der Stadt Nidau sind weitere Bestandteile.

Sprenger Titus, Fraktion Einfach libres!: Wir stellen **den Rückweisungsantrag** nicht, weil wir das Festival ablehnen, sondern weil wir der Auffassung sind, dass der Leistungsvertrag nicht stimmig ist und neu verhandelt werden soll. Die Vertragsdauer ist ein Teil, welcher für uns nicht stimmig ist, da in Kürze über das Projekt AGGLOlac in diesem Perimeter abgestimmt wird und es scheint uns deshalb fragwürdig, einen vierjährigen Vertrag abzuschliessen. Im Vertrag wird zudem nach Ablauf der Vertragsdauer ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet. Worauf jedoch soll sich die Veranstalterin bezüglich Planungssicherheit abstützen, zumal sie mit anderen Leistungserbringern Verträge eingehen soll? Sollte wegen des Baubeginns von AGGLOlac kein anderer Standort gefunden werden, besteht gemäss Vertrag kein Anspruch auf Gegenleistung und der Vertrag wird mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Die Lakelive GmbH müsste also allfällige Gegenleistungen für von ihr frühzeitig aufgelösten Verträgen mit anderen Leistungsträgern selbst finanzieren. Deshalb sind wir der Meinung, dass eine zweijährige Vertragsdauer mit Garantien sinnvoller ist als eine AGGLOlac-Klausel anzubringen.

Der Artikel 2 im Vertrag garantiert die Programmfreiheit, die Artikel 3 und 4 schränken diese aber wieder ein, indem die Vorgaben für das Publikum definiert werden. Gemäss Ausschreibung will die Stadt Biel keine finanzielle Verantwortung übernehmen, schreibt jedoch im Vertrag die Mindesteintrittspreise für vier Jahre vor, erstellt Vorgaben bezüglich selbsterwirtschafteter Mittel und verlangt ein ausgeglichenes Ergebnis am Ende der Vertragsdauer, was sich doch etwas widersprüchlich anhört. Gemäss Artikel 16 soll ausserdem die Veranstalterin alles daransetzen, damit das Festival trotz Pandemiesituation stattfinden kann. Wirklich alles? Eine solch fatalistisch formulierte Anmutung zu einer nicht beeinflussbaren Situation gehört unseres Erachtens nicht in einen Leistungsvertrag, vor allem wenn die Stadt keine finanzielle Verantwortung übernehmen will. Wir sprechen von einem selbsterwirtschafteten Anteil von 95%, die Stadt übernimmt keine 5% und macht Nidau und anderen Gemeinden Vorgaben, sich nicht höher als mit 5% beteiligen zu dürfen. Nidau ist der tatsächliche Austragungsort und schlussendlich soll die ganze Umgebung genauso beworben werden.

de Maddalena Daniela, Grüne: Dieser Leistungsvertrag ist eine Vereinfachung für die Stadt sowie auch für die Veranstalterin, denn jährlich eine Unterstützung zu beantragen ist unglaublich zeitaufwändig resp. kostspielig. Ein solches Gesuch benötigt eine Woche Arbeit, wenn wir für die Lakelive GmbH 40 Stunden à CHF 200 rechnen, bedeutet dies einen Aufwand von CHF 8'000 pro Jahr. Die Stadt muss dieses Gesuch ja dann jedes Jahr bearbeiten, was ebenso Kosten verursacht. Der Leistungsvertrag erspart uns allen diese Kosten. Sollte das Projekt AGGLOlac nächstes Jahr an der Urne angenommen werden, wird der Baubeginn nicht vor drei Jahren nach Annahme erfolgen. Die Pläne müssen noch ausgearbeitet und die Baubewilligung eingeholt werden.

Wächter Olivier, UDC: J'ai bien lu cette proposition de renvoi et j'ai moi-même étudié ce rapport relatif au Lakelive Festival. Comme vous le savez certainement, j'habite le quartier donc je m'exprime aussi au nom d'une partie des habitants de ce quartier. Si je reprends cette proposition de renvoi, il est vrai que cela ne fait pas de sens de faire signer un contrat alors que la décision sur AGGLOlac n'a pas encore été prise. Il est aussi vrai que dans ce règlement, il manque la mention des jours de concerts et aussi celle des normes chiffrées, qui doivent être respectées. J'aimerais donc bien que ce règlement soit mieux détaillé et je reviendrai sur la question, lorsqu'on traitera l'affaire.

Dès lors, je soutiens cette proposition de renvoi et je vous invite à faire de même pour les raisons mentionnées. J'adore la musique, les concerts et je suis pour le Lakelive Festival, mais je trouve important de préciser le contrat qui va être signé. Je suis sûr que grâce à cela, le Lakelive Festival ne pourra que mieux se porter.

Tanner Anna, SP: Ich bedanke mich für die Anmerkungen und die Unterstützung und Verbesserungsvorschläge zu diesem Thema. Jedoch denke ich, dass die Veranstalterin jetzt eine Planungssicherheit benötigt und die ist mit einem wie üblich vierjährigen Leistungsvertrag gegeben. Zu der Kritik, dass die Veranstalterin enorm viele Vorgaben erfüllen muss, kann ich nur anfügen, dass der Grund für die Zusage an die Lakelive GmbH ist, dass sie bereits viele dieser Vorgaben im Voraus erfüllt. Aus diesem Grund stimme ich gegen den Rückweisungsantrag.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Besten Dank an Frau Wendling für die Ausführungen im Namen der GPK und die Zustimmung für den Gemeinderat. Über Ihren Rückweisungsantrag, Herr Sprenger, bin ich etwas überrascht. Die von Ihnen bemängelten Vorgaben wurden von der Veranstalterin in keinster Weise moniert. Der Vertrag wurde in Zusammenarbeit mit ihnen verhandelt und diskutiert. Erfolgt die Zustimmung vom Stadtrat, werden sie diesen unterschreiben. Ihre Anmerkungen sind Überlegungen, die allenfalls die Organisatorin hätte anbringen können, aber es ist immer ein Geben und Nehmen bei solchen Verhandlungen. Bezüglich der Vertragsdauer kann ich Sie beruhigen, bis allenfalls das Projekt AGGLOlac mit dem Bau startet, kann – wie bereits von Frau de Maddalena angesprochen – das Lakelive noch vier Jahre durchgeführt werden, davon bin ich überzeugt. Die Kritik im Rückweisungsantrag, dass die Stadt kein finanzielles Risiko eingehen will, kann ich jedoch weniger verstehen. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass es sich um einen Anlass mit gewissen Service public-Leistungen handelt, lokalen Kulturschaffenden eine Plattform bietet und ein breites Publikum anspricht. Der kommerzielle Anteil ist jedoch auch gegeben und dafür geht die Stadt kein Risiko ein. Deshalb ist es auch kein Kultur-Leistungsvertrag, sondern stammt ursprünglich aus den Kommunikationsbeiträgen.

Wir erwarten, dass die Organisatoren, welche für klar bemessene Gegenleistungen im Kommunikationsbereich finanzielle Mittel erhalten, sich im Gegenzug selbst finanzieren und auf ihre Kosten kommen. Herr Wächter, Sie unterstützen den Rückweisungsantrag, weil gewisse von Ihnen gewünschte Punkte nicht im Leistungsvertrag vorhanden sind. Jedoch sind diese Themen, wie z. B. wieviele Konzerttage stattfinden, die Höhe der Dezibel, etc., Gegenstand der Bewilligung pro Einzelfall. Die prioritären Zuständigkeiten liegen bei der Stadt Nidau und dem Regierungsstatthalteramt und können im Vertrag deshalb nicht festgehalten werden. Die Preise für das Bieler Strandbad betreffen uns und sind deshalb im Vertrag geregelt. Auch wenn Ihnen einige Punkte unlogisch erscheinen, hat alles seine sachliche Richtigkeit.

Sprenger Titus, Fraktion Einfach libres! Ich möchte anmerken, dass die Verhandlungsposition nicht dieselbe ist. Die einen haben CHF 80'000 im Portemonnaie und die anderen möchten CHF 80'000 erhalten. Dann ist es klar, dass hohe Anforderungen resp. viele Bedingungen akzeptiert werden, die im Vertrag festgehalten sind. Es muss uns bewusst sein, dass es sich um nicht einmal 5% des Ganzen handelt, es gibt noch weitere Verträge mit Sponsoren. Je einschränkender die Verträge sind, umso unmöglicher wird es, den Anlass überhaupt durchführen zu können.

Abstimmung

- über den Rückweisungsantrag von Herrn Sprenger, Fraktion Einfach Libres!

Der Antrag wird abgelehnt.

de Maddalena Daniela, Fraktion Grüne: Lake steht für See und live für Leben, spannungsführend und direkt übertragend. Daraus ergibt sich Lakelive, der Name des Sommerfestivals im ehemaligen Expopark, einer Steinwüste ähnlicher Brache in der Nähe unseres Sees. Wir warten schon lange auf die Begrünung dieser Fläche, die Finanzierung wurde seitens der Expo zugesagt und das Geld liegt irgendwo vergraben. Fast alle BielerInnen kennen das Festival und freuen sich auf die nächste Ausgabe, welche im 2018 und 2019 jung und alt erfreut hat.

Die bei einem solchen Event auftretenden Emissionen haben zum Teil zu Misstönen geführt. Deshalb besteht zwischen der Stadt Nidau als Bewilligungsbehörde, der Stadt Biel als Grundeigentümerin und der Veranstalterin Lakelive GmbH ein Abkommen, wie dieses Problem gelöst werden soll. Im 2017 erfolgte die Ausschreibung der beiden Städte für dieses Event und es wurde an die Eventra GmbH vergeben, da die Organisatoren stark im Seeland verwurzelt sind und ihr Konzept überzeugte und es immer noch tut. Rund um den «Big Bang», welcher jährlich Tausende an den Strandboden lockt, ist das Lakelive eine kluge Erweiterung. Das Festival ist mehr als ein Openair-Konzert, das Angebot an sportlichen Aktivitäten wie Tauchen, Gruppenfitness, Klettern, Beachvolleyball, Tanzen etc. ist gross. Es können Kultur-Workshops besucht werden, Theater, Weinkultur, ein interkulturelles Café und vieles mehr. Das Angebot ist vielfältig und ein Tagespass für Erwachsene kostet CHF 35, für die Kinder bis 15 Jahre sind die Aktivitäten bis 13 Uhr dank der Stiftung «Vinetum» gratis. Diese Kultur- und Begegnungszone bezieht während dieser Zeit die ganze Region mit ein und es erstaunt nicht, dass dem Festival dieses Jahr der Tourismuspreis verliehen wurde. Das Lakelive wurde während dieser Zeit in mehr als 300 Medienbeiträgen erwähnt. In den Jahren 2017/2018 besuchten jeweils 80'000 Teilnehmer das Festival und es ist schade, dass es dieses Jahr nicht stattfinden konnte. Es ist nachvollziehbar, dass die Lakelive GmbH eine Planungssicherheit benötigt, sollen doch noch weitere Ausgaben bis 2024 durchgeführt werden.

Die Stadt Biel hat das Festival jährlich mit CHF 80'000 unterstützt. Die Stadt Nidau unterstützte es mit jährlich CHF 30'000 und mit unentgeltlichen Dienstleistungen. Die Dienstleistung der Stadt Biel wurden regulär abgerechnet. Es ist Usus, dass wiederkehrend gesprochene Leistungen in einen Leistungsvertrag umgewandelt werden und so soll es auch für das Festival gelten. Dass die Zuständigkeit bei der Präsidialdirektion und nicht beim BKS liegt, erklärt sich dadurch, dass das Festival zum Bereich Stadtmarketing gehört. Falls die Auflagen bezüglich Emissionen nicht eingehalten werden, behält sich die Stadt Nidau vor, für das folgende Jahr keine Bewilligung zu erteilen. Die BesucherInnen des Strandbads Biel wird es freuen, dass nebst dem Lakelive keine weiteren privaten Anlässe durchgeführt werden dürfen. Im Perimeter Schloss Nidau und Expopark ist dies jedoch im Rahmen einer Kontingentierung für Grossanlässe weiterhin möglich. Die Kleinanlässe sind davon nicht betroffen, somit sind für die kleinen Bieler Kulturanbietenden weiterhin Anlässe möglich. Es wird sich zeigen, wie stark sich das Reglement auswirken wird, die Regelungen sind im Veranstaltungskonzept der Gemeinde Nidau nachzulesen. Unsere

Fraktion wünscht sich, dass die BesucherInnen im Festivalführer explizit aufgefordert werden, mit dem Fahrrad oder öffentlichen Verkehrsmitteln anzureisen und empfiehlt das Geschäft einstimmig zur Annahme.

Wiher Max, Fraktion GLP+: Ich danke dem Gemeinderat im Namen der Fraktion für den ausführlichen Bericht. Das Lakelive-Festival startete unter sehr schweren Voraussetzungen, die Konkurrenz in dem dicht gedrängten Festivalkalender in der Schweiz ist sehr gross. Das breite Angebot an Musik, Kultur und Sport an einem wunderschönen Ort ist schweizweit einzigartig und hat breite Bevölkerungsschichten aus nah und fern angesprochen und begeistert. Die hohen Besucherzahlen der beiden Jahre haben gezeigt, dass das Festival ein langfristiges Potenzial besitzt, was für ein neues Festival nicht selbstverständlich ist. Die Organisatoren haben nicht nur mit dem vielfältigen Programm gepunktet, durch den Einbezug von lokalen Organisatoren wie z. B. Vereinen wurde die Akzeptanz der Region erheblich erhöht. Und nicht zuletzt wurden viele positive Schlagzeilen über Biel in die ganze Schweiz hinausgetragen. Solches Stadtmarketing hilft der Stadt, um wieder attraktiv für gute SteuerzahlerInnen zu werden.

Wir würdigen ausdrücklich den sensationell hohen Eigenerwirtschaftungsanteil von 95%! Das Thema Finanzen wurde in unserer Fraktion ausgiebig und kontrovers diskutiert. Ein Teil unserer Fraktion zweifelt aufgrund des hohen Eigenerwirtschaftungsanteils daran, ob das Festival einen allfälligen Ausfall von 5% verkraften würde. Als ehemaliger Mitorganisator von Konzerten und Festivals hatte ich Einblick in die Finanzen dieser Veranstaltungen. Ein Festival ist kein Unternehmen, es kalkuliert viel knapper und verfügt selten über stille Reserven wie ein Unternehmen. Deshalb teile ich die Einschätzung des Gemeinderats. Es ist mutig vom Gemeinderat, dass er gegenüber der Bevölkerung bezüglich Projekt AGGLOlac ehrlich ist. Dem Bericht und dem Leistungsvertrag ist zu entnehmen, dass falls AGGLOlac realisiert wird, das Festival einen anderen Standort finden muss. Meine Frage an den Gemeinderat ist: Wohin? Und glaubt der Gemeinderat weiterhin an die Realisierung von AGGLOlac? Der Standort des Lakelive ist ein massgebender Bestandteil für die erfolgreiche Durchführung des Festivals und mit dem Vorhaben für einen anderen Standort liefert der Gemeinderat selbst die Argumente gegen AGGLOlac. Unsere Fraktion unterstützt das Geschäft und freut sich auf weitere belebte Festivals am See.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Unsere Fraktion hat dieses Geschäft grundsätzlich positiv entgegengenommen. Das Lakelive-Festival ist ein attraktives Event im Sommer an unserer Bielerseebuch. Nach bereits kurzer Zeit sind Gäste aus Biel und Umgebung davon angezogen worden. Durch die mediale Präsenz wurde die Bekanntheit noch grösser. Das vielseitige Gesamtpaket spricht jung und alt an und wir sind der Meinung, dass mit diesem Festival ein interessantes neues Angebot geschaffen wurde. Dazu kommt, dass die Organisatoren alles daransetzen, finanziell «gesund» auf beiden Füßen zu stehen. Die finanzielle Unterstützung der Stadt Biel und Nidau sowie auch des Kantons Bern hilft zur Aufteilung des Risikos. Die Unterstützung der Stadt Biel wird wirkungsvoll eingesetzt, wird doch das Ansehen der Stadt nachhaltig positiv geprägt. Wir stimmen dem Geschäft mehrheitlich zu.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Es wurde bereits viel Inhaltliches und Technisches gesagt, auch unsere Fraktion hat das Geschäft diskutiert. Ich möchte daran erinnern, dass es zu Beginn enorm schwierig war, an diesem Ort etwas zu organisieren, da

Nidau nicht damit einverstanden war. Deshalb ist es umso schöner, dass nun ein gemeinsames Festival stattfinden kann. Es ist ein schönes Projekt und unsere Fraktion ist auch der Meinung, dass eben diese Durchmischung verschiedener Generationen und Interessengruppen zusammenfinden und auch Menschen mit kleinerem Budget von den Sport- und Kulturangeboten profitieren können. Nebst dem sozialen Zusammenhalt, welcher sehr wichtig ist, bringt das Lakelive enorm viel für die wertvolle Standortattraktivierung. Durch den Einbezug von möglichst vielen Organisationen und Personen, wird der Nutzungskonflikt geschickt umgangen. Wir bedanken uns für den Leistungsvertrag und stimmen dem Geschäft zu.

Gugger Reto, Fraktion FDP: Die Fraktion wird den Leistungsvertrag mit dem Lakelive unterstützen. Das Lakelive lebt nicht nur von Subventionen, sondern auch von Eintrittten und hat einen Supporterklub, welchen Privatpersonen oder Vereine unterstützen können. Die BDP in Biel beispielsweise macht das seit der ersten Ausgabe des Lakelive.

Torriani Isabelle, au nom du Groupe PSR: Nous avons également bien étudié ce rapport et voici nos réflexions. Ce festival a été organisé pour répondre à un besoin exprimé par la population biennoise. Il a remporté un franc succès lors des deux dernières éditions et cela aurait certainement aussi été le cas cet été, s'il avait eu lieu. Selon nous, il est important de garantir l'accès à la plage pour les baigneurs. Toutefois, nous trouvons acceptable qu'un seul festival empiète sur ce territoire durant l'ensemble de l'année. Selon une réponse que nous avons reçue de Monsieur Fehr, il sera toujours possible d'organiser d'autres manifestations sur le site de l'Expo Park car, il se situe sur le territoire communal de Nidau et soumis au règlement sur les manifestations de Nidau. On peut s'attendre à d'éventuelles restrictions dans la partie arrière de la plage, qui n'ont pas de lien avec le contrat de prestations du Lakelive Festival. C'est une somme que d'investir 80'000 fr. par année. Nous nous demandons si à la lueur des finances actuelles de notre Ville et de la situation de crise actuelle, il est raisonnable de prévoir un contrat de quatre ans, pourtant ce festival est important pour l'image de la Ville et pour la vie culturelle de la population biennoise. Nous savons aussi que sans cette contribution financière, il ne pourrait pas avoir lieu. D'autres part, il faut relever que les organisateurs des manifestations culturelles en tous genres ont été les premiers touchés par les mesures prises et les derniers à pouvoir reprendre leurs activités. Le Groupe PSR soutient le crédit d'engagement et le contrat de prestations proposés.

Wächter Olivier, UDC: Je félicite le Lakelive Festival pour son premier prix du tourisme. C'est quelque chose de très positif. Je répète un peu ce que j'ai dit mais étant habitant du quartier, je représente aussi une partie des habitants de ce quartier. Je souhaite rappeler que ce quartier comporte de bons voir de très bons contribuables, je ne parle pas de moi. À la vue des finances de la Ville, que nous étudierons dans le sujet du budget, il serait regrettable de perdre ce genre de personnes pour la Ville. Il est donc important de travailler le contrat afin qu'il mentionne des jours précis et des heures de concert précises. Rappelez-vous de la petite histoire qui dit que l'arbre de Monsieur X, bien qu'implanté sur son terrain, a des branches qui dépassent sur le terrain voisin et cela le dérange. Pour le Lakelive Festival, il s'agit de la même histoire, mais à la place des branches d'un arbre on a le bruit. Ce dernier ne s'arrête pas à la frontière communale entre Bienne et Nidau. J'ai étudié avec d'autres personnes ce rapport avec une grande attention. Je constate qu'on parle de manière positive du

festival mais on omet totalement les nuisances qui ont existées en 2018 et 2019. C'est un fait vérifiable et incontestable. Il vous suffit d'appeler la centrale de la police, qui vous donnera le nombre d'appels reçus à ce sujet. Il est aussi vrai que les organisateurs ont corrigé le tir, suite aux réclamations et à l'intervention de la police. C'est bien pour cela que je trouve qu'il est important d'avoir un contrat clair qui définit ces points.

Le Conseil municipal est convaincu que le fait que ce festival se déroule au bord du Lac est un attrait positif pour le public et que cela contribue à sa notoriété. C'est clair que c'est plaisant comme endroit et on sait que Neuchâtel organise aussi Festi'Neuch au bord du lac. Je tiens toutefois à rappeler que ce n'est pas le seul endroit de la commune de Bienne où il est possible d'organiser un concert. Par exemple, la zone industrielle qui est moins avenante mais qui comporte aussi moins d'habitations pourrait tout à fait accueillir une telle manifestation. On revient aussi sur la durée du festival qui était mentionnée dans la proposition de Monsieur Sprenger, qui a été refusée. Je ne souhaite pas contrer cette décision mais il me semble tout de même que la durée est un élément important. En effet, si ce festival se déroule sur dix jours cela devient long et pénible pour les habitants voisins. Ils ne peuvent pas tous prendre dix jours de vacances afin d'éviter ces nuisances. Je tiens à rappeler que je suis favorable au Lakelive Festival mais je soutiens que le contrat de prestations devrait être précisé et plus complet. À titre de comparaison, je vais prendre le Beach Town qui respecte parfaitement les normes en matière de décibel contrairement au Lakelive Festival. Lors des dernières éditions de Lakelive Festival, nous, habitants voisins, avons vécu des soirées de concert où les vitres tremblaient, tellement la musique était forte. Il n'était même pas possible de regarder la télévision. Suite aux contrôles de police, le son a été baissé et cela n'a pas posé de problème particulier au public. C'est pourquoi, je maintiens qu'il est important de notifier tous ces éléments dans le contrat que l'on ne retrouve pas, ou peut-être vaguement à l'art. 5, point b. De manière générale, je soutiens pleinement le crédit de 320'000 fr., par contre je vous invite à rejeter le contrat de prestations afin qu'il soit adapté.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Das Lakelive unterscheidet sich von anderen Festivals durch sein Angebot für verschiedene Zielgruppen und macht es einzigartig.

Frau de Maddalena, Sie erwähnten angebliche Gelder aus der Zeit der Expo.02. Das Geld ist leider nicht mehr vorhanden. Seinerzeit wurden die Mittel für die Sanierung des Strandbads verwendet. Ursprünglich war für den hinteren Teil der Anlage ein Park geplant. Dieser hätte durch die Stadt Nidau alleine finanziert werden müssen.

Herr Wiher, Sie fragten nach möglichen alternativen Standorten. Heute kann ich Ihnen diese Frage nicht beantworten. Das Abstimmungsresultat zum Projekt AGGLOlac kann ich nicht voraussagen. Richtig ist, dass Festivals knapp kalkulieren müssen. Hinter Lakelive steht der Veranstalter Eventra, welcher auch andere Anlässe organisiert. Damit ist eine gewisse Risikofähigkeit gegeben. Der Gemeinderat bekennt sich klar dazu, dass während der Saison im Strandbad keine privaten Feiern stattfinden. Im hinteren Teil jedoch sollen Anlässe möglich sein. Lakelive ist ein erfolgreicher Versuch die verschiedenen Bedürfnisse unter einen Hut zu bringen.

Herr Wächter, das Ruhebedürfnis der Anwohnenden gewichtet sich nicht nach der Steuerkraft. Die Schutzvorgaben gelten für alle EinwohnerInnen der Stadt Biel unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation. Nicht von der Hand zu weisen ist, dass

rund um die Seebucht die Nutzungsinteressen unterschiedlich sind. Im Sommer als Anwohner unfreiwillig ein Konzert zu hören, mag mühsam sein. Das Lakelive findet jedoch an wenigen Tagen im Jahr zu einer Zeit statt, wo am Seeufer sowieso Betrieb herrscht. In Seenähe zu wohnen ist schön aber auch Leute von ausserhalb wollen dort ihre freie Zeit verbringen. Gegenseitige Rücksichtnahme und Toleranz sind angebracht. Die gesetzlichen Vorgaben stehen ausserhalb des Leistungsvertrags. Den Kredit ohne die Leistungsvereinbarung zu sprechen, ist deshalb nicht sinnvoll.

Wächter Olivier, UDC: Monsieur Fehr, j'ai bien compris et je suis heureux d'apprendre que vous allez éviter que les nuisances subies en 2018 et 2019 ne se reproduisent plus. Je souhaiterais vous entendre vous positionner à ce sujet. Il s'agit de prendre des décisions de compromis, comme cela est fait au sein du Conseil municipal afin que tout se passe bien. Les résidents et résidentes de ce quartier font des compromis. J'ose rappeler à nouveau que des concerts en semaine n'ont pas le même impact que ceux durant le week-end. Je n'invente rien, j'ai vécu tout cela. J'aimerais sincèrement que vous confirmiez officiellement que vous allez tout mettre en oeuvre pour que ce festival se passe bien pour tous. Je peux aussi vous dire que la nouvelle Préfète m'a assuré qu'elle allait tout mettre en place afin que ce festival se passe au mieux pour tous.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Wächter, der Gemeinderat verlangt immer, dass die Vorgaben und Vorschriften eingehalten werden. Jeder Regierungsstatthalter hat unabhängig von Partei und Sprache die Vorschriften durchzusetzen. An Veranstaltungen muss Polizei und Lärmschutzfachstelle oder allenfalls die Regierungsstatthalterin immer wieder Verstösse regeln. Lakelive hat im Vorfeld der Veranstaltungen immer wieder das Gespräch mit den Anwohnenden gesucht. Der Gemeinderat unterstützt selbstverständlich das Eingreifen der Polizei bei Verstössen.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 02.09.2020, gestützt auf Art. 39 Abs. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Der Verpflichtungskredit Nr. 13200.363600196 von CHF 320'000.- für die Abgeltung der Leistungen der Lakelive GmbH und der entsprechende Leistungsvertrag werden genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung des Beschlusses beauftragt.

174. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20200312, Tanner Anna, SP, Heiniger Peter, PdA, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Pittet Natasha, PRR, Rebetz Maurice, PSR, Roth Myriam, Grüne, «Systematische Verspätungen der ESD bei der Verlängerung von Aufenthaltsbewilligungen»

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Im Moment steht auf der Homepage der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste, dass es aufgrund der Pandemiesituation zu Verzögerungen kommt. Die Verzögerungen bestehen aber schon länger und nicht

aus diesem Grund. Deshalb möchten wir näher hinschauen und den Grund für die Verspätungen ausfindig machen, um zu handeln. Wichtig ist, dass schnell gehandelt wird. Eine verspätete Bewilligung eines B-Ausweises hat zahlreiche Konsequenzen.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

175. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation 20200313, Rebetez Maurice, Fraktion PSR, Stolz Joseline, Fraktion PSR, «Erweiterte und beheizte Terrassen...auch in der kalten Jahreszeit?»

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: Il s'agit d'une interpellation plus qu'urgente du moment que la période froide a déjà commencé. À l'instar des autres grandes villes de Suisse, on propose de réfléchir à une manière d'étendre les terrasses des restaurants et de les chauffer selon un concept qui utilise que de l'énergie renouvelable. Une charte et un contrat ont été élaborés du côté de Neuchâtel qui sont fort intéressants. Il faut évidemment y réfléchir rapidement du moment que c'est pour cet hiver. C'est aussi une manière de soutenir les restaurants durant cette crise et de leur permettre de gagner quelque chose.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

176. Begründung der Dringlichkeit des überparteilichen Postulats 20200310, Pittet Natasha, PRR, Rebetez Maurice, PSR, Augsburger-Brom Dana, SP, Scheuss Urs, Grüne, Tanner Anna, SP, «Leistungsvertrag mit dem Verein für eine Sammlung literarischer Studien (ACEL)»

Pittet Natasha, au nom du Groupe PRR: Je motive l'urgence de ce postulat du fait que nous demandons que ce contrat de prestations soit établi courant de l'année 2021. Le Service de la culture dispose d'un budget qu'il peut utiliser à volonté. Nous proposons qu'il utilise une partie de cet argent afin que ce contrat de prestations soit établi de suite et pas en même temps que les autres contrats, c'est-à-dire dans trois ans.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

177. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20200309, Francescutto Luca, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Solidarischer Gemeinderat»

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Je propose qu'une partie du salaire annuel du Conseil municipal, soit la somme de 5'000 fr., soit transformée en bon à faire valoir dans les commerces biennois, ceci, à l'instar des bons

solidaires établis dernièrement pour la population, mais en puisant dans les finances communales.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch 20.00 Uhr- 21.00 Uhr

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Wir setzen die Beratungen mit dem nächsten Traktandum fort.

178. 201800267 Schaffung «Reglement Spezialfinanzierung zur Umsetzung der Strategie Biel 2030»

Zumstein Joël, GPK: Im vorliegenden Reglement geht es um die Auflösung der Neubewertungsreserve ab 2021 über fünf Jahre. Im Juni 2020 wies der Stadtrat den ersten Reglementsentwurf mit einer Auflösung über sieben Jahre zurück. Nun liegt ein überarbeiteter Entwurf vor. Grundsätzlich müssen jährlich CHF 20 Mio. aufgelöst werden. 50% davon, also CHF 10 Mio. jährlich sollen in die Spezialfinanzierung fließen. Die restlichen CHF 10 Mio. würden der Erfolgsrechnung gutgeschrieben, was dazu führt, dass das Ergebnis der Erfolgsrechnung jährlich um CHF 10 Mio. verbessert wird. Der Gemeinderat begründet dieses Vorgehen damit, dass er die Mittel einer Zweckbindung im öffentlichen Interesse unterstellen will. Ausserdem würden damit die negativen Folgen der Coronapandemie abgedeckt und die positive Entwicklung der Stadt weitergeführt und gesichert. Bei den Beträgen handelt es sich um rein buchhalterische Werte. Die Mittel sind nicht liquide. Sämtliche Ausgaben aus der Spezialfinanzierung müssen über Eigen- oder Fremdkapital finanziert werden. Aus Sicht der GPK besteht die Gefahr, in Zukunft Ausgaben aus der Spezialfinanzierung zu tätigen und dabei zu vergessen, dass die Werte nur buchhalterisch sind. Die GPK hat sich ausführlich über die rechtlichen Fragen unterhalten. Gibt es für die Spezialfinanzierung überhaupt eine rechtliche Grundlage? Die Finanzdirektion verweist auf Art. 86 der kantonalen Gemeindeverordnung (BSG 170.111), der eine Spezialfinanzierung zur Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben vorsieht. Die GPK ist der Meinung, dass es sich beim vorliegenden Reglement nicht primär um eine einzelne Aufgabe, sondern um eine strategische Ausrichtung mit einem Bündel von Aufgaben handelt. Die Frage nach der Notwendigkeit zur Schaffung der Spezialfinanzierung stellt sich. Alternativ könnten die gesamten CHF 20 Mio. pro Jahr in die Erfolgsrechnung fließen. Aufgrund dieser Überlegungen sprach sich die GPK mit einer knappen Mehrheit gegen die Vorlage aus und lehnt diese ab.

Brieche Dennis, Fraktion GLP: Dank HRM2 (Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell) stehen wir vor dem Problem, wie wir CHF 100 Mio. verbuchen. Die Fraktion GLP hat Bedenken, diesen Betrag direkt der städtischen Rechnung gutzuschreiben und damit wiederkehrende Konsumausgaben zu finanzieren. Laufende Ausgaben sollten nach Ansicht der Fraktion GLP mit laufenden Einnahmen gedeckt werden und nicht mit Einmaleffekten. Andererseits hat uns die Coronapandemie in eine ausserordentliche Lage versetzt. Die letzten Wochen haben uns schonungslos gezeigt, dass die Pandemie noch nicht vorbei ist. Angesichts dieser Aussicht ist die vom Gemeinderat vorgeschlagene 50:50-Lösung sinnvoll. 50% für den

laufenden Haushalt und 50% für gezielte gebundene Ausgaben. Die vorgeschlagene Spezialfinanzierung für die gebundenen Ausgaben ist jedoch nicht zufriedenstellend. Aus diesem Grund reicht die Fraktion GLP zusammen mit den Fraktionen PRR und FDP **zwei Änderungsanträge** ein. Spezialfinanzierungen haben den Zweck, Mittel für eine bestimmte Verwendung zu halten. Im vorgeschlagenen Reglement ist der Begriff «bestimmt» sehr weit gefasst. Aus unserer Sicht gilt für Spezialfinanzierungen der Grundsatz, je konkreter der Verwendungszweck definiert ist, desto besser. Das vorliegende Reglement wird diesem Anspruch in keiner Weise gerecht. Im Gegenteil, das Reglement ist eigentlich ein Blankocheck für den Gemeinderat. Art. 2 des Reglements über den Zweck ist extrem vage formuliert und würde dem Gemeinderat ermöglichen, diverse Projekte über die Spezialfinanzierung laufen zu lassen. Abs. 2 in Art. 2 verschlimmert die offene Zweckbestimmung noch weiter, indem damit Konsumausgaben gedeckt werden sollen. Der Fraktion GLP geht das zu weit. Wir wollen die zu schaffende Spezialfinanzierung einem genauer bestimmten Zweck zuführen. Sie soll für Investitionen in Gebäudesanierungen und Neubauten verwendet werden, insbesondere für Schulraum und energetische Sanierungen. Diese Massnahmen sind unbestritten und dafür besteht in Biel Bedarf. In den kommenden Jahren sollte es möglich sein, entsprechende Projekte zu realisieren. **Antrag 1 fordert, den Zweck in Art. 2 neu zu formulieren.** Konsequenterweise müssen Titel und Art. 1 dem neuen Zweck entsprechend angepasst werden. Falls der erste Antrag keine Mehrheit findet, stellen wir **zusätzlich den Eventualantrag, welcher die Streichung von Abs. 2 in Art. 2 verlangt.**

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne unterstützt grundsätzlich den vorliegenden Reglementsentwurf. Der Stadtrat hatte den ersten Reglementsentwurf zurückgewiesen mit dem Auftrag an den Gemeinderat, das Reglement zu überarbeiten. Die Forderung war, aufzuzeigen, wie die aufgelöste Neubewertungsreserve verwendet wird, wobei der Fokus auf Investitionen gesetzt werden soll. Im vorliegenden Entwurf wird, wie gefordert, der Fokus auf die Investitionen gelegt. Wie bereits erwähnt, ist der Zweck im Reglementsentwurf unklar formuliert. Deshalb beantragt die Fraktion Grüne, **in Art. 2 Abs. 1 explizit den Begriff «Investitionen» aufzunehmen.** Bei der Auflösung der Neubewertungsreserve sollen neue Werte geschaffen werden. Dazu sind Investitionen notwendig. Die Strategie 2030 zeigt die wesentlichen Linien auf. Die Idee dahinter ist, aufgrund dieser Leitlinien die Legislaturprogramme festzulegen, welche Schwerpunkte und Projekte beinhalten. Wir gehen davon aus, dass die Gelder für diese Schwerpunkte und Projekte zur Verfügung stehen. Insofern sind die Investitionen hinreichend genau definiert. Mühe haben wir mit Abs. 2 von Art. 2. Deshalb werden wir den Eventualantrag der Fraktionen GLP, PRR und FDP auf Streichung unterstützen, denn Abs. 2 weicht die Zweckbestimmung auf.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Nous remercions le Conseil municipal pour l'élaboration du présent règlement. Le modèle MCH2 prévoit l'amortissement linéaire des 100 millions de fr. de la réserve de réévaluation sur cinq ans, soit 20 millions de fr. par année qui atterrissent dans le compte résultat, sans qu'un franc réel ne soit disponible. Ces écritures comptables, officiellement classées comme « cosmétique comptable », faussent la lecture des comptes de résultat pour le lecteur non averti. Un exercice déficitaire effectif peut être ainsi communiqué comme exercice bénéficiaire. Nous regrettons cela mais la base légale cantonale le prévoit ainsi. Nous parlons donc d'un ballon à air chaud qu'il faut dégonfler en faisant le moins de dégâts possibles. Idéalement, il faudrait le faire intégralement en 2021 mais un délai minimal de cinq ans

est prévu dans l'ordonnance des communes. La majorité du Conseil de ville a déjà signalé qu'il faut, à tout prix, éviter que ce financement ne soit noyé dans le budget ordinaire, ceci, comme une dose de morphine annuelle de 20 millions de fr., qui fait oublier les douleurs des résultats déficitaires attendus, mais sans pousser à l'assainissement. La Ville serait dépendante dans cinq ans de ces 20 millions de fr. annuels et, sans cet apport serait en position de manque. La proposition du Conseil municipal, de placer 50% dans un financement spécial, est intéressante afin d'éviter cette situation. Nous avons par contre, de sérieux doutes sur les buts de cette démarche.

L'al. 2 de l'art. 2 est totalement à supprimer car cela signifie une utilisation dans le budget ordinaire. Nous souhaitons éviter cela à tout prix. Les buts proposés dans l'al. 9 sont certes louables mais il ne s'agit pas d'investissements mais de mise en oeuvre de politique publique, qui devraient déjà être compris dans les dépenses ordinaires du budget. Ce n'est pas de l'argent de poche pour le Conseil municipal pour toutes les fioritures supplémentaires qu'il désire. Nous proposons de réserver ces moyens à des investissements dans des infrastructures, comme présenté dans l'amendement préparé conjointement entre les groupes PRR, FDP et GLP. Sans ces modifications, le Groupe PRR ne peut pas soutenir la proposition du Conseil municipal.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Auch die Fraktion FDP hat sich intensiv mit dem vorliegenden Geschäft befasst und kam zur gleichen Schlussfolgerung wie meine beiden Vorredner. Nach kantonalem Recht muss die Neubewertungsreserve ab 2021 linear aufgelöst werden. Der Gemeinderat schreibt in seinem Bericht, dass der Stadtrat den ursprünglichen Entwurf zurückgewiesen hat mit dem Auftrag, die Spezialfinanzierung einem Zweck zur nachhaltigen Nutzung der Stadt Biel zu widmen. Damals ging es im Wesentlichen darum, die Finanzierung für Investitionen zu verwenden. Damit irgendwelche Konsumausgaben zu tätigen, war sicher nicht die Absicht des Stadtrats. Aufgrund der Pandemie stösst der Vorschlag des Gemeinderats nun aber auf ein gewisses Verständnis. Art. 2 ist jedoch zu offengehalten und für uns nicht mit Art. 86 der Gemeindeverordnung kompatibel. Die Fraktion FDP unterstützt deshalb den Antrag der Fraktion GLP. Im Papier «Biel 2030 Vision und strategische Leitlinien für die Entwicklung der Stadt» gehört die Finanzierung der Strategie 2030 ins normale Budget. Die verschiedenen Finanzplanungsinstrumente sind mit Finanzplan, Investitionsplanung und Budget aufgeführt. Von einer Spezialfinanzierung steht nichts. Ich empfehle Ihnen, die Anträge anzunehmen.

Meyer Miro, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO begrüsst die Absicht des Gemeinderats, die Hälfte der Auflösung der Neubewertungsreserve der Spezialfinanzierung zuzuführen. Die Umsetzung der Strategie 2030 braucht eine Spezialfinanzierung, ansonsten wird sie zum Papiertiger. Auch die Fraktion SP/JUSO ist jedoch der Meinung, dass die Mittel für Investitionen verwendet werden sollen und nicht zur Finanzierung von Konsumausgaben. Die Formulierung in Art. 2 stellt dies nicht sicher. Wir unterstützen deshalb den Antrag der Fraktion Grüne. Wir unterstützen auch den Eventualantrag der Fraktionen GLP, PRR, FDP allerdings nicht ihren Änderungsantrag 1. Wir finden, dass die Strategie 2030 eine Spezialfinanzierung verdient hat.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Nous avons aussi pris connaissance du rapport du Conseil municipal et des amendements déposés. Au

niveau de l'édition du Règlement sur le financement spécial « Mise en oeuvre de la stratégie Bienne 2030 », nous restons évidemment sur nos positions du mois de juin. Nous allons donc rejeter ce rapport. Je souhaite juste souligner que l'on peut lire sur la première page de ce rapport: « ...*tout indique que durant l'exercice 2021 et les années suivantes, les recettes de la Ville seront soumises à une pression croissante, ...* » C'est tout à fait correct, mais je souhaiterais juste savoir si c'est la meilleure stratégie qui est proposée, ceci en sachant que, suite à diverses manifestations assez dures, le groupe que je pourrais qualifier d'extrémiste, (désolé de l'utilisation de ce mot), fait fuir les commerces de la Ville de Bienne. De plus, la politique mise en place par le Conseil municipal, de limiter de plus en plus les places de stationnement, notamment au Centre-Ville et de péjorer ainsi les commerces biennois, ne me rend pas certain que nous soyons dans la bonne stratégie. Concernant les deux amendements, dans un but d'esprit bourgeois, le Groupe UDC/Les Confédérés peut vivre avec et soutenir ces deux amendements.

Brunner Thomas, EVP: Wie der Gemeinderat mit einer derart negativen Lernkurve überleben kann, ist erstaunlich. Der Gemeinderat legt dem Stadtrat wiederum einen Reglementsentwurf mit einem Taschendiebstahl vor. Der Wille des Stadtrats soll erneut in eine andere Richtung gebracht werden. Ich bin deshalb froh über den Änderungsantrag der Fraktionen GLP, PRR und FDP. Er formuliert den Zweck der Spezialfinanzierung klar für Investitionen und nicht, wie der Gemeinderat vorschlägt, für Konsumausgaben. Ich bitte Sie, den Änderungsantrag der Fraktionen GLP, PRR und FDP zu unterstützen. Der Änderungsantrag der Fraktion Grüne legt den Zweck zu breit gefasst aus. Ich erinnere an den grossen Investitionsbedarf nur schon allein im Schulhausbereich.

Scheuss Urs, Grüne: Herr Leuenberger hat vorhin die Mechanismen zur Umsetzung der Ziele der Strategie 2030 erwähnt. Auch Spezialfinanzierungen sind Teil der Finanzplanung.

Grupp Christoph, Grüne: Der Bericht des Gemeinderats erwähnt, dass aufgrund der Rückweisung des ersten Entwurfs im Stadtrat, die Abschreibung über sieben Jahre nicht möglich ist. Das Problem ist nicht die Abschreibungsdauer sondern die ungenügende Formulierung zum Zweck der Spezialfinanzierung. Der Gemeinderat hätte im überarbeiteten Entwurf sehr wohl die Frist bei sieben Jahren belassen können. Aufgrund der aktuellen Finanzlage kam ihm die Verkürzung der Frist auf fünf Jahre wohl gerade recht. Ich finde die Schuldzuweisung an den Stadtrat für die verkürzte Frist billig. Ich empfehle Ihnen, dem Antrag der Fraktion Grüne zu folgen. Der viel zu offen formulierte Abs. 2 in Art. 2 ist zu streichen.

Bohnenblust Peter, FDP: Es geht nicht um Geld, sondern um buchhalterische Werte. Für die Umsetzung von Investitionsprojekten muss Fremdkapital aufgenommen werden. Die Ablehnung des Entwurfs des Gemeinderats von der GPK ist ein starkes Zeichen. Sie gründet auf rechtlichen Überlegungen, weil aus Sicht der GPK die Gemeindeverordnung nicht eingehalten wird. Der Änderungsantrag der GLP, PRR, FDP schränkt den Zweck massiv ein. Die Hälfte der Mittel für Konsumausgaben zu verwenden, muss ich aufgrund der besonderen Lage wohl oder übel akzeptieren. Die andere Hälfte jedoch muss zu echten Investitionen gemacht werden und diese müssen im Budget aufgeführt werden. Finanzierung über Spezialfinanzierungen hinterlässt

einen falschen Eindruck. Diese Mittel sind nicht vorhanden, sondern nur buchhalterische Werte.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Grupp, es war nicht die Absicht des Gemeinderats, irgendwem eine Schuld zuzuweisen. Falls dieser Eindruck entstanden ist, entschuldige ich mich dafür.

Herr Brunner, Ihre Bemerkungen sind fehl am Platz und nicht hilfreich. Die Diskussion geht um Mittel, welche zwar nicht cash vorhanden sind aber dennoch einen gewissen finanziellen Spielraum auf Stufe Erfolgsrechnung geben. Die Frage stellt sich, wie diese Mittel in der schwierigen Lage der Stadt aber auch aufgrund der besonderen Situation betreffend Covid sinnvoll eingesetzt werden. Der vom Stadtrat zurückgewiesene Vorschlag sah keine Zweckbestimmung vor, sondern sah die Auflösung der Neubewertungsreserve über sieben statt fünf Jahren vor. Der vorliegende Reglementsentswurf sieht nun auch Zweckbestimmungen vor. Ich verstehe die Haltung der GPK und auch von Herrn Bohnenblust bezüglich der rechtlichen Argumente nicht. Das bernische Gemeinderecht und vor allem der Kommentar zum Gemeindegesetz des Kantons Bern von Arn, Friederich, Friedli, Müller, Müller, Wichtermann sagt klar, dass in kaum einem anderen Kanton ein derart grosser Spielraum für Gemeinden zur Schaffung von Spezialfinanzierungen besteht wie im Kanton Bern. Ich halte an dieser Stelle fest, dass wir uns mit dem Zweck über entsprechende Projekte die Strategie 2030 umzusetzen, klar im legalen Rahmen bewegen.

Aufgrund der besonderen Lage ist der Stadtrat grundsätzlich damit einverstanden, die Hälfte des Betrags während fünf Jahren der laufenden Rechnung für die notwendigen öffentlichen Leistungen gutzuschreiben. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass die Forderung von Antrag 1 betreffend Art. 2 Abs. 1 zu eng formuliert ist. Spezialfinanzierungen im Bereich Klimaschutz, Energie und im Bereich Schulhäuser existieren bereits. Die Strategie 2030 befasst sich mit diesen Themen breiter und zukunftsweisend. Die Investitionen in die Zukunft sind selbstverständlich baulich, aber nicht nur. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass Investitionen auch in die Vielfalt von Wirtschaft und Bevölkerung, die Zweisprachigkeit und den urbanen Charakter fliessen sollen. Für die Entwicklung und Lebensqualität der Stadt sind diese ebenfalls sehr wichtig. Ich empfehle Ihnen deshalb, Abs. 1 in Art. 2 wie im Entwurf stehen zu lassen. Der Eventualantrag der Fraktion Grüne könnte einen Kompromiss darstellen. Ich möchte an dieser Stelle mit der offenbar verbreiteten Angst, dass der Gemeinderat die Gelder nach seinem Gutdünken verwenden kann, aufräumen. In Art. 4 Abs. 2 des Reglementsentwurfs steht: *«Entnahmen durch einfache Aufnahme ins Budget sind nicht zulässig.»* Für jede Entnahme aus der Spezialfinanzierung ist ein Beschluss des finanzkompetenten Organs notwendig, Entnahmen aus dem Budget sind damit ausgeschlossen. In Art. 2 Abs. 2 schlägt der Gemeinderat vor, bei Bedarf kurzfristig die Service public Leistungen abzusichern. Die Idee dahinter ist, das Gemeinwesen zu stabilisieren, falls sich die besondere Lage aufgrund der Pandemie verschlimmert.

Der Gemeinderat hält es für ausserordentlich wichtig, mit den Geldern vorsichtig umzugehen. Grundsätzlich besteht über die 50:50-Verwendung Einigkeit. Der Gemeinderat legt den Fokus auf die Investitionen, behält sich aber einen gewissen Spielraum aufgrund der unsicheren Lage vor. Er könnte aber auch mit der Beschränkung auf die Investitionen leben. Die Investitionen sollten jedoch nicht nur für bauliche Massnahmen verwendet werden.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag der Fraktionen GLP, PRR, FDP ab (grünes Blatt). Falls dieser angenommen wird, ist über den Antrag der Fraktion Grüne abzustimmen. Anschliessend wird über den Eventualantrag der Fraktionen GLP, PRR, FDP abgestimmt.

Ordnungsantrag

Meyer Miro, JUSO: Ich beantrage einen kurzen Sitzungsunterbruch damit wir uns beraten können.

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Sitzungsunterbruch 21.50 bis 21.55 Uhr

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Wir gehen wie folgt vor: Die beiden Änderungsanträge werden einander gegenübergestellt. Der obsiegende Antrag wird dem Vorschlag des Gemeinderats gegenübergestellt.

Abstimmungen

- Gegenüberstellung des Antrags der Fraktionen GLP, PRR, FDP, über die Neuformulierung von Art. 2, und des Antrags der Fraktion Grüne, Abs. 2 in Art. 2 mit dem Begriff «Investitionen» zu ergänzen

Der Antrag der Fraktionen GLP, PRR, FDP obsiegt.

- Gegenüberstellung des Antrags der Fraktionen GLP, PRR, FDP und des Entwurfs des Gemeinderats

Der Antrag der Fraktionen GLP, PRR, FDP obsiegt gegenüber dem Entwurf des Gemeinderats.

Art. 2 wird beschlossen wie folgt:

Die Spezialfinanzierung dient der Finanzierung von Infrastrukturanlagen, insbesondere für die Realisierung von Schulraum und Massnahmen zur energetischen Optimierung.

Der Titel des Reglements, und dessen Wiederholung in Art.1, ist entsprechend anzupassen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Es liegen keine weiteren Anträge vor, damit kommen wir zur Schlussabstimmung.

Grupp Christoph, Grüne: Ich denke, wir sind in einer Situation, welche so von den Antragstellenden nicht vorgesehen war. Muss jetzt noch über den Eventualantrag abgestimmt werden?

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Der Eventualantrag ist gestrichen denn Sie haben der Neuformulierung von Art. 2 zugestimmt.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich habe eine Frage. Haben Sie über beide Absätze in Art. 2 abgestimmt?

Briechle Dennis, Fraktion GLP: Die Neuformulierung von Art. 2 ersetzt beide Absätze.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 2. September 2020 gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziffer 4 lit. h der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Der Entwurf für das «Reglement über die Finanzierung von Infrastrukturanlagen» (SGR 622.91) wird **mit Änderungen** genehmigt.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

179. Dringliches überparteiliches Postulat 20200224, Bohnenblust Peter, FDP, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Bord Pascal, PRR, Schneider Sandra, SVP, Gugger Reto, BDP, Brunner Thomas, EVP, Grupp Christoph, Grüne, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Arnold Niels, SP, «Das Budget 2021 soll mit Blick auf die mittelfristigen Finanzperspektiven diskutiert werden können»

(Text des dringlichen überparteilichen Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, das dringliche überparteiliche Postulat erheblich zu erklären.

Bohnenblust Peter, FDP: Die Begründung in der Beantwortung des Gemeinderats kann ich nicht nachvollziehen. Er schreibt, dass die im Postulat gesetzten Fristen nicht umgesetzt werden können und zudem der Vorstoss grundsätzlich als nicht erfüllbar zu qualifizieren sei. Das Postulat hätte bereits heute inhaltlich diskutiert werden können. Der Gemeinderat wollte oder konnte jedoch in der kurzen Frist nicht inhaltlich antworten. Jetzt aber den Urhebenden zu sagen, die Frist wäre zu kurz, ist falsch. Wann kommt der Bericht zum Postulat? Der Bericht müsste im Stadtrat behandelt werden bevor der Gemeinderat mit der Ausarbeitung des Budgets 2022 beginnt.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Mir scheint wichtig zu betonen, dass zwischen Stadtrat und Gemeinderat Einigkeit darüber besteht, aufgrund der Pandemiesituation Eventualplanungen vorzusehen. Die Lage ist instabil und die Planung muss jederzeit angepasst werden können. Wir wissen alle nicht, wie sich die Binnenwirtschaft entwickelt und wie schnell die Weltmärkte wieder in Gang kommen. Für einen Exportstandort wie Biel sind diese Faktoren nicht nur für die Entwicklung der Steuererträge, sondern auch für den Arbeitsmarkt entscheidend. Wir werden den Bericht im Hinblick auf das Budget 2022 und den Finanzplan 2023-20256 präsentieren. Ich nehme zur Kenntnis, dass der Stadtrat den Bericht vor dem Budgetentwurf und

nicht mit diesem zusammen diskutieren will. Ich bin jedoch heute nicht in der Lage, den Zeitpunkt der Vorlage genau anzugeben.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich sagte nicht, dass ich den Bericht vor der Behandlung des Budgets im Stadtrat diskutieren will. Der Bericht sollte vor der Ausarbeitung des Budgets durch den Gemeinderat im Stadtrat diskutiert werden können.

Der Antrag des Gemeinderats wird nicht bestritten.

180. 20200154 Budget 2021

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Zu diesem Geschäft liegen drei Änderungsanträge vor, welche Sie schriftlich erhalten haben.

Pittet Natasha, au nom de la Commission de gestion: J'aimerais tout d'abord, au nom de la Commission de gestion, remercier le Conseil municipal pour ce budget et le rapport y afférant. Malgré des chiffres parfois petits à la lecture, il est très lisible. La CDG constate que le budget est, comme tous les budgets de ces dernières années, équilibré mais une fois encore uniquement grâce aux prélèvements sur les financements spéciaux. Il n'est pas possible, à moyen ou long termes, de continuer ainsi. La présidente de la CDG avait déjà souligné l'an dernier qu'il devrait être possible pour la Ville de créer des réserves lors des bonnes années afin de disposer de moyens dans les mauvaises années. On sait que l'an dernier était une bonne année au niveau économique, malgré cela il a été tout de même nécessaire de faire des prélèvements. Nous allons maintenant au-devant d'une mauvaise, voire très mauvaise année, qui nécessitera des prélèvements dans les financements spéciaux. On peut même lire à la page 12 du rapport que la Ville va devoir s'endetter. Il n'est pas choquant de devoir faire des emprunts cette année vu la situation pandémique actuelle. Par contre, il devrait être possible de fonctionner sans devoir faire des prélèvements pendant les années habituelles. Il est impératif que les choses changent.

La CDG répète aussi qu'il est important, en cette période, que le principal acte du budget est d'investir et de stimuler l'économie locale. Nous saluons le fait que ce budget le fait. Un souhait de la CDG est que le Conseil municipal ait prévu les ressources en personnel suffisante afin de réaliser efficacement les investissements prévus. En effet, comme nous le savons tous, le niveau d'investissements prévus ces dernières années n'a jamais été atteint. Une des raisons invoquées était précisément ce manque de personnel. La CDG insiste aussi encore une fois sur le fait qu'il faille étudier scrupuleusement le problème structurel de la Ville de Bienne et y trouver une solution durable. On ne peut pas mettre entièrement sur le dos de la pandémie le fait que nous aurons, l'année prochaine, des problèmes de déficit.

Pour terminer, la CDG souhaite souligner qu'elle n'a pas reçu une présentation du budget avant la conférence de presse et cela est regrettable. Un dernier commentaire sur le budget en général. La CDG est informée qu'en raison des vacances d'automne 2021, le budget 2022 sera traité au Conseil de ville au mois de septembre déjà. Cela montre qu'il est fondamentalement possible pour l'Administration et le Conseil municipal de préparer un budget pour le mois de septembre, comme nous l'avons

demandé à plusieurs reprises. Nous en prenons note et espérons que cela pourra être pérennisé à l'avenir. Il ne s'agit pas d'une prise de position de la CDG mais de commentaires généraux sur le budget dans son ensemble.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: An meiner ersten Budgetdebatte als Stadtrat vor zehn Jahren sprach ich wie heute auch zur Philosophie der schwarzen Null. Der Gemeinderat legt dem Stadtrat, sei es Jahresrechnung oder Budget, selten die genauen Finanzverhältnisse vor. Das Ziel ist die Präsentation eines ausgeglichenen Ergebnisses, eben der schwarzen Null. Das Budget 2021 schliesst mit einem Aufwand von rund CHF 434 Mio. ausgeglichen ab. Wir wissen alle, dass dieses Resultat leider nicht den realen Verhältnissen entspricht. Hinter Einnahmen von CHF 434 Mio. stecken Sondereffekte, zustande gekommen aus Entnahmen von CHF 25 Mio. aus Spezialfinanzierungen oder dem Eigenkapital. Der Voranschlag profitiert ausserdem von der Sonderdividende des ESB (Energie Service Biel/Bienne) von CHF 2 Mio. Diese zusätzlichen Leistungen sind eigentlich die einzigen liquiden Mittel, welche in die «Finanzakrobatik» einfliessen. Den ESB bringen diese Zahlungen in Schwierigkeiten, weil er notwendige Investitionen nicht mehr mit eigenen Mitteln finanzieren kann.

Momentan auf eine grössere Spardebatte und entsprechende Massnahmen zu verzichten, scheint der Fraktion Grüne sinnvoll. Private Unternehmen befinden sich aktuell bereits in einer schwierigen Lage. Diese noch mehr zu belasten, respektive dem Baugewerbe seitens der Stadt Biel den Geldhahn zuzudrehen, wäre falsch und würde die Lage nur noch weiter verschlimmern. Obwohl Biel bereits geringe Steuereinnahmen hat und diese jetzt noch weiter abnehmen, wäre eine Steuererhöhung zum heutigen Zeitpunkt komplett falsch.

Aus diesen Gründen ist das vorliegende Budget 2021 nachvollziehbar und die Fraktion Grüne wird diesem zustimmen. Ich verdanke und würdige das Anliegen des Gemeinderats. Er will in der Krisenzeit Stabilität gewährleisten und bei Bevölkerung sowie Gewerbe und Industrie ein Zeichen setzen. Die Fraktion Grüne nimmt aber auch zur Kenntnis, dass damit eine zusätzliche Verschuldung von rund CHF 50 Mio. verbunden ist. Ein Teil der Neuverschuldung soll in Investitionen fließen. Ein anderer Teil fliesst aber in den Betrieb der Stadt Biel. Zur Kenntnis nehmen müssen wir auch, dass die Stadt Biel seit mehreren Jahren das erste Mal einen negativen Cashflow im Umfang von CHF 6,7 Mio. aufweist. Unter diesen Gesichtspunkten stellt sich die Fraktion Grüne die Frage, wie sinnvoll die Präsentation eines ausgeglichenen Budgets ist. Wir wissen, dass die Stadt Biel aufgrund von zu wenig Einnahmen ein strukturelles Defizit aufweist. Über kurz oder lang müssen die Einnahmen steigen. Das heisst, dass über eine Steuererhöhung debattiert werden muss. Wie ist eine Steuererhöhung zu begründen, wenn jetzt, in einem Krisenjahr, ein ausgeglichenes Budget präsentiert wird? Wir stellen uns die Debatte äusserst schwierig vor. Auch wenn der Gemeinderat Stärke zeigen und Vertrauen schaffen will, hätten wir uns vorstellen können, dass das Budget 2021 ein Minus aufweist. Dies würde zeigen, dass die Lage nicht rosig ist und die Einnahmen gesteigert werden müssen. Die Fraktion Grüne bittet den Gemeinderat, die Signale, welche er mit Jahresrechnung und Budget vermittelt, gut im Auge zu behalten.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Nous remercions le Conseil municipal pour ce grand travail et spécialement la Direction des finances pour la qualité du rapport présenté. Malgré le fait que le Conseil municipal a pu réduire l'appétit démesuré de

certaines directions, le résultat opérationnel présenté reste pas moins négatif de 26 millions de fr. Le SECO, en date du 12.10.2020, a revu sa prévision avec un recul moins prononcé du PIB de 3.8% au niveau national. Toutefois, en prenant les exportations qui nous concernent pour notre industrie horlogère, le recul planifié est de 6.6%. C'est pourquoi, le recul des rentrées fiscales par rapport au budget 2020 prévu de 8.1% nous paraît trop optimiste. La volonté d'agir de manière anti-conjoncturelle pourrait donc obtenir le soutien du PRR pour autant que cette même volonté soit présente par une haute conjoncture. Cela n'a pas été le cas ces dernières années, étant donné que la Ville a dépensé plus qu'elle en avait les moyens. Nous avons donc en plus du déficit conjoncturel lié au Corona, un déficit structurel. La Ville vit en-dessus de ses moyens. L'endettement s'accroît de manière inquiétante non seulement pour 2021 mais aussi à long terme. La mise en place d'un frein à l'endettement avec une composante conjoncturelle à l'image du modèle de la Confédération devient plus que nécessaire.

Afin d'améliorer la situation le Groupe PRR propose avec le Groupe FDP les amendements suivants. Comme nous l'avons dit au point 4 de l'ordre du jour, nous ne nous opposons pas à la création des postes dans le groupe matière 30. Par contre, nous voulons stabiliser les charges du personnel. Nous anticipons ainsi les nouvelles compétences prévues dans le nouveau Règlement de la Ville. Aussi, les 92.7 millions de fr. proposés correspondent à l'augmentation de 1%, comme prévu dans le plan financier. La variante de base est pessimiste donc nous proposons **une amélioration de 1 million de fr.** Pour le groupe matière 31, les 39 millions de fr. proposés correspondent à l'augmentation de 3% de l'état 2019, soit 1.5% par an qui équivaut à 0.5% de plus que l'augmentation escomptée, selon le plan financier dans sa version pessimiste. En tenant compte du nouveau loyer pour les locaux des services sociaux, l'état 2019 correspond environ à celui de 2016 et 2017. L'économie proposée de 1.9 millions de fr. qui, à la lecture des années précédentes, nous paraît possible. Le Groupe PRR soutient le budget mais attend un nouveau programme d'économie à l'image de NHS. La dette du secteur public est normale et nécessaire mais sa croissance, comme elle est prévue sur le plan financier, ne peut continuer ainsi.

Wiederkehr Martin, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO bedankt sich bei der Verwaltung und dem Gemeinderat für den ausführlichen Bericht, nicht nur für das Budget, sondern auch für die Finanzplanung. Viele relevante Informationen, die für das Verständnis des Budgets notwendig sind, können dem Finanzplan entnommen werden. Die Fraktion SP/JUSO kam nach erfolgter Diskussion zum Schluss, dem Budget 2021 zuzustimmen. Von meinen Vorrednern wurde erwähnt, dass das Budget und die Jahresrechnung weit auseinanderliegen. Ich habe dies überprüft und festgestellt, dass in den vergangenen Jahren häufig defizitär budgetiert wurde, schlussendlich aber ein Gewinn erwirtschaftet werden konnte. Das aktuelle Budget ist aus unserer Sicht richtig. Es führt uns nicht weiter, irgendwelche Sparmassnahmen durchzuziehen. Natürlich kann die Studie der Finanzplanung nicht ignoriert werden und wir sind alarmiert. Es fehlen uns flüssige Mittel. Dieses Thema begleitet uns seit 25 Jahren. Die Relationen haben sich verändert und die Schulden vermehren sich. Es wurden jedoch Massnahmen ergriffen und Krisen bewältigt. Es wäre auch der falsche Moment, die Bevölkerung mit Steuererhöhungen zu belasten. Es ist sicher Handlungsbedarf bei den Investitionen vorhanden, aber auch diesbezüglich wären bereits vor 25 Jahren CHF 60 Mio. notwendig gewesen, wie dies auch aktuell der Fall ist. Für uns ist klar, dass beim Budget 2022 eine Steuererhöhung diskutiert und

einkalkuliert werden muss, damit die flüssigen Mittel wieder über den notwendigen Bedarf verfügen und die Schulden gesenkt werden können.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Mein Vorredner sagt zusammengefasst, dass es bereits seit 25 Jahren so läuft: Schulden anzuhäufen ist kein Problem und die Bevölkerung darf nicht gebeutelt werden, machen wir weiter so...wo führt das hin? Irgendeinmal wird jemand die Zeche bezahlen müssen, sehr wahrscheinlich die Enkelgeneration. Es stimmt, dass wir in den letzten Jahren immer wieder über dieselben Themen diskutieren und wir könnten unsere letztjährigen Voten ohne grossen Unterschied heute präsentieren. Der einzige Unterschied heute ist, dass wir uns in einer kolossalen Wirtschaftskrise befinden, weshalb sicher das Budget eine andere Bedeutung hat. Herr Grupp hat nicht unrecht mit seiner Aussage, dass wir mit diesem ausgeglichenen Budget ein falsches Signal setzen. Es wird uns ein wunderbares Budget vorgelegt und ich mache dem Bericht ein Kompliment und danke den Verfassern für diese eindrückliche Präsentation. Vom Resultat kann dies nicht gesagt werden, in der Botschaft wird das Defizit von CHF 25 Mio. sowie eine notwendige Verschuldung für Investitionen von CHF 50 Mio. verschwiegen. Ich zitiere Lino Schären in seinem Artikel: «...weil Buchgewinne eben keine flüssigen Mittel sind und sich entsprechend nicht investieren lassen, muss sich die Stadt weiter verschulden, im nächsten Jahr voraussichtlich um rund CHF 50 Mio.» Es kann und darf so nicht weitergehen, wir müssen sparen, auch wenn nur im Kleinen. Aus diesem Grund sind auch die Anträge der Fraktionen FDP und PRR richtig, denn es geht darum, ein Zeichen zu setzen. Wenn diese Anträge angenommen werden, müssten auch die Entnahmen aus den Buchgewinnen korrigiert werden.

Rebetez Maurice, au nom du Groupe PSR: Nous remercions le Conseil municipal de son rapport relatif au budget 2021 et les différentes analyses et précisions fournies. Parler budget, recettes et dépenses en ce temps de pandémie, n'est pas chose aisée et relève quasi du domaine de l'impossible. Deux constats pour un réel paradoxe:

1. La crise et la récession qui s'annoncent demeurent pour le moins inquiétantes. Nous ne connaissons pas encore toutes les conséquences pour notre Ville. Les recettes seront forcément revues à la baisse, ne laissant que peu de marge de manoeuvre pour parvenir à élaborer un budget reflétant la réalité et le train de vie à adopter en 2021.
2. Même en période difficile, il reste important et nécessaire de soutenir l'économie locale. Cela, devrait permettre d'atténuer les effets négatifs de cette crise.

Alors, établir un budget en tenant compte de ces deux facteurs, est bien un exercice qui s'apparente plus à la performance d'un équilibriste devant évoluer en plein brouillard pour les plus optimistes et en pleine tempête pour les pessimistes. Economiser, tout en permettant de maintenir un développement urbain de qualité. Investir, malgré la chute des rentrées fiscales. Prévoir, sans savoir de quoi seront fait les jours, mois qui suivent. D'autres paradoxes pourraient être évoqués. Il est difficile de proposer un budget sans faire de folies, tout en maintenant des investissements nécessaires et en passant par une augmentation de la dette car les charges sont malheureusement un passage exigé. La proposition du budget 2021, telle que présentée va dans ce sens. Nous allons de l'avant! Nous restons tout de même un brin optimiste et faisons confiance à la Ville qui est probablement capable de tenir le choc, ceci, en tenant compte de l'incertitude liée à la pandémie actuelle.

Les prévisions sont, de plus, très difficiles à estimer. Il suffit de se rappeler le Secrétariat d'Etat à l'économie (SECO) qui estimait, au mois de juin, que la Suisse allait vers une diminution de son produit intérieur brut (PIB) de 6.2% alors que quatre mois plus tard, le même SECO augurait un recul de seulement 3.8% de son PIB. Il en va de même pour le taux de chômage annuel qui devrait se stabiliser aux alentours de 3.2% contre une prévision de 3.8% en juin dernier. Quelles seront les nouvelles données et estimations en décembre ou au printemps 2021? Il est actuellement impossible de le dire. Par contre, ce qui est certain, les dépenses publiques prendront l'ascenseur alors que les recettes fiscales suivront le chemin inverse. C'est bien notre inquiétude. Il est donc important et nécessaire de puiser dans les financements spéciaux et la dissolution de réserves. En effet, en ces temps tourmentés, ces fonds doivent représenter une sorte de «poire pour la soif» qui permettront de maintenir un niveau de vie correct et acceptable, tout en limitant les dégâts. Le point 8 du rapport, à la page 56, condense bien cette volonté d'investir tout en restant conscient et prudent face aux difficultés à venir. Force est de constater, que l'équilibriste qui illustre le début de mon propos est en train de presque réussir sa prestation. Il s'agira de veiller aux dépenses et au rentrées, à l'avenir. La réflexion semble être sous-jacente quant à l'imposition pour contenir un endettement que l'on ne peut pas considérer comme pérenne. Cette réflexion serait lamentable. Le Groupe PSR soutient ce rapport et proposera au final d'accepter le budget 2021.

Sprenger Titus, Fraktion Einfach libres!: Nur kurz zu einem Punkt: es wäre ein falsches Signal, zum jetzigen Zeitpunkt eine Steuererhöhung zu beschliessen, um ein besseres Budget zu erreichen. Die Bevölkerung ist bereits genug gestraft. Besser ein paar buchhalterische Tricks anwenden, wie dies bereits schon in anderen Jahre in weniger prekären Situationen erfolgte. Unsere Fraktion wird dem Budget zustimmen.

Briechele Dennis, Fraktion GLP: Die Stadt Zürich budgetiert für 2021 ein Minus von CHF 98 Mio., die Stadt Bern ein Minus CHF 37 Mio. und die Stadt St. Gallen ein Minus von CHF 30 Mio. Dies sind nur einige Beispiele. Die Stadt Biel aber legt ein ausgeglichenes Budget vor. Ausgerechnet die Stadt Biel, das Armenhaus und die Sozialhilfestadt, wie sie einige nennen. Erstaunlich, die Welt gerät aus den Fugen und die Stadt Biel schreibt eine schwarze Null. Der flüchtigen Leserin und dem flüchtigen Medienkonsumenten wird ein völlig falscher Eindruck vermittelt. Das ausgeglichene Budget kommt zustande mit einer Entnahme von CHF 10 Mio. aus der Spezialfinanzierung der Buchgewinne aus Liegenschaftssteuern. Weitere CHF 10 Mio. stammen aus der Auflösung der Neubewertungsreserve. CHF 5,4 Mio. kommen aus der Neubewertungsreserve des ESB sowie zusätzlichen CHF 2 Mio. Substanzdividende des ESB. Total belaufen sich CHF 27,4 Mio. aus Spezialeffekten. Ohne diese Korrekturen bleibt ein Defizit von rund CHF 26 Mio. Ein Teil des Defizits ist auf die Pandemie zurückzuführen. Die Steuererträge fallen ungefähr 10% tiefer aus als budgetiert. Dies sind rund CHF 13 Mio. und machen damit die Hälfte des Defizits aus. Dieser Einbruch ist gross, aber vielleicht noch zu optimistisch eingeschätzt. Die andere Hälfte des Fehlbetrags ist nicht pandemiebedingt. Wir tragen nach wie vor das strukturelle Defizit mit uns herum. In diesen Krisenzeiten rächt es sich, dass wir unsere Hausaufgaben nicht gemacht haben. Während der Einbruch bei den Einnahmen extern bedingt ist, können wir auf die Ausgaben einen grösseren Einfluss nehmen.

In diesem Umfeld erstaunt uns insbesondere die Entwicklung der Personalkosten. Eine Zunahme von fast CHF 2 Mio. ist budgetiert. Die Hälfte davon sind für Lohnerhöhungen

und Stufenanstiege. Viele Selbständige und Gewerbetreibende müssen den Gürtel deutlich enger schnallen und viele Menschen sind in Kurzarbeit. Die Stadtverwaltung hingegen zeigt sich unbeeindruckt grosszügig. Andere Städte haben für ihr Personal eine Nullrunde beschlossen. Der Sach- und übrige Betriebsaufwand weist gegenüber dem Vorjahr eine kleine Senkung auf. Ein Vergleich mit den Jahren davor weist aber eine deutliche Steigerung auf. Die Fraktion GLP bringt den beiden Anträgen der Fraktionen PRR und FDP Sympathie entgegen.

Wie in den Vorjahren liegt ein nicht zufriedenstellendes Budget vor und wie in den Vorjahren ist ein mangelnder Wille zur Verbesserung erkennbar. Zudem trifft uns die Coronakrise. Die Finanzpolitik der letzten Jahre ist aus unserer Sicht verantwortungslos. Trotzdem beabsichtigen wir dem vorliegenden Budget 2021 zuzustimmen. In der wohl grössten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten brauchen wir Stabilität und Sicherheit und keine Experimente.

Zumstein Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Aus Sicht der Fraktion SVP/Die Eidgenossen hat die Stadt Biel ihre Finanzen nicht im Griff. Die Teuerung von 1% in 25 aufeinanderfolgenden Jahren ergibt nicht 25%, sondern wesentlich mehr. Der gefährliche Mechanismus des Zinseszinses kommt hinzu und genau dieser wird der Stadt Biel zum Verhängnis, wenn die Schulden weiterhin zunehmen. Das Budget 2021 sieht zahlreiche Ausgaben in vielen Bereichen vor. Die Stadt Biel verfügt über eine grosse Giesskanne mit einem riesigen Ausguss und vielen kleinen Löchern. Der Regen ergiesst sich über allerlei Institutionen und Ausgabenposten. Es fehlt aus unserer Sicht eine klare Strategie und eine klare Linie. Das operative Ergebnis ist mit einem Fehlbetrag von über CHF 25 Mio. massiv defizitär. Das eine oder andere Loch in der Giesskanne muss gestopft aber auch einige Löcher vergrössert werden. Die Ausgaben sollen nicht grundsätzlich reduziert werden. Die öffentliche Hand muss in Krisenzeiten handeln und Investitionen tätigen. Genau für diese wichtigen Investitionen fehlt jedoch das Geld. Der Selbstfinanzierungsgrad der Stadt Biel, also der Anteil der erwirtschafteten Mittel, welcher in Investitionen fliesst, liegt bei unterirdischen 14%. Erst bei 50% kann von einem genügenden Wert gesprochen werden. Davon ist die Stadt Biel kilometerweit entfernt. Die Folge davon ist, dass immer mehr und immer schneller Fremdkapital aufgenommen werden muss. Mit der Zunahme der Schulden von CHF 50 Mio. geht es immer weiter bergab und der Mechanismus der Zinseszinsen wird immer gefährlicher. Diese Politik ist verantwortungslos und nicht nachhaltig. Die Schuldentwicklung kann nur aufgrund der gegenwärtigen Tiefzinsphase so weitergeführt werden. Mit der Zeit werden die Zinsen auf Fremdkapital an allen Ecken die anderweitig benötigten Mittel wegfressen.

Wir werden den beiden Änderungsanträgen der Fraktionen PRR und FDP zustimmen, ansonsten aber das Budget 2021 ablehnen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Besten Dank für die engagierte, intensive und meistens sachliche Diskussion. Eine formelle Anmerkung zum Votum der GPK, Frau Pittet: das Budget 2022 kann nächstes Jahr nicht bereits in der Septembersitzung behandelt werden, dies wurde bereits mit dem Stadtratsbüro besprochen. Zum Budget 2021 ist anzumerken, dass Corona schmerzhaft sichtbar ist. Momentan noch nicht tendenziell auf der Aufwandseite, jedoch bei den Steuererträgen der juristischen Personen. Wie den Medien zu entnehmen ist, sind die Exportunternehmen wie z. B. die Uhrenindustrie stark von Corona betroffen und Biel ist überdurchschnittlich von der Industrie abhängig.

Aufgrund dieser Situation wäre eine Steuererhöhung sowie ein Sparpaket seitens der Stadt Biel zum jetzigen Zeitpunkt falsch, da wir vermeiden müssen, dass eine Abwärtsspirale ausgelöst wird. Wie von den meisten RednerInnen heute Abend bestätigt, ist die Stabilität aktuell ein wichtiges Zeichen. Die ruhige Hand des Staates im sanitärischen Bereich während der ersten Phase von Corona hat eine gute Wirkung gezeigt. Stellt sich nun die Frage, ob ein Defizit oder eine «schwarze Null» budgetiert werden soll. Technisch gesehen kann ein Defizit nur budgetiert werden, wenn ein Bilanzüberschuss besteht und dieser beläuft sich «lediglich» auf CHF 10 Mio. und den Spezialfinanzierungen.

Um Kontinuität aufzuzeigen, hat der Gemeinderat deshalb entschieden, mit den entsprechenden Entnahmen dies zu signalisieren. Es ist schwierig zu sagen, ob dies nun eine pädagogische Wirkung, eine Steuererhöhung oder Sparmassnahmen zur Folge haben wird. Schlussendlich wird immer aufgrund der zu diesem Zeitpunkt massgebenden Situation entschieden. Es bestehen rund CHF 25 Mio. operativer Verlust, welche durch CHF 10 Mio. aus der Spezialfinanzierung «Buchgewinne», CHF 10 Mio. aus der Neubewertungsreserve und CHF 5 Mio. vom Energie Service Biel ausgeglichen werden. Ein Teil wird durch die laufenden Buchgewinne und der andere muss durch Wachstum der Steuereinnahmen der natürlichen und juristischen Personen aufgefangen werden. Im Interesse der nachhaltigen Entwicklung der Stadt sind wir auf gutem Weg, wenn wir die Jahre 2021 und 2022 trotz Corona so überstehen können. Der negative Cashflow 2021 ist unerfreulich und darf sich nicht wiederholen. Bezüglich Investitionen ist die Situation eine andere, aber Herr Zumstein, wir verschulden uns nicht jedes Jahr mehr, in den letzten Jahren gab es eher Schuldenabbau. Die Stadt Biel ist bezüglich Verschuldung sorgfältig und hat hohe Vermögenswerte, die ein anderes Bild zeichnen. Zu den beiden Anträgen der Fraktionen FDP und PRR: Bezüglich Personalabbau war der Gemeinderat sehr restriktiv und hat viele Begehren abgelehnt. Jedoch sollen Stufen- und Beförderungsanstiege dieses Jahr nicht einfach ausfallen, das wäre ungerecht. Bei der Schaffung neuer Stellen waren wir zurückhaltend, der Stadtrat hat jedoch auch selbst einige gefordert. In Herrn Zumsteins wunderbarem Votum war die Rede von Prioritäten und Dringlichkeiten, aber ich kann Ihnen keine passenden Beispiele nennen. Zum Sachaufwand noch Folgendes: Wenn die Schulklassen grösser werden, gehen mehr Kinder in die Klassenlager, es wird mehr Schulmaterial benötigt und neuerdings noch Desinfektionsmittel und Masken.

Der Anstieg des Sachaufwands ist gering und wenn Sie Streichungen vornehmen, erwartet der Gemeinderat einen konkreten Antrag mit einem Vorschlag. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, die beiden Anträge abzulehnen. Wenn Sie den Antrag betreffend Personalkosten annehmen, streichen Sie zum Teil Leistungen, welche Sie selbst verlangt haben und betreffend Sachaufwand werden wir eine Skilagerdiskussion führen müssen. Herrn Wiederkehr danke ich für die historischen Ausführungen, welche mich an meine Anfänge im Stadtrat erinnern. Den Dank von Herrn Leuenberger für den schönen Bericht gebe ich an die MitarbeiterInnen der Finanzen weiter. Und Ihr Städtevergleich, Herr Briechle, zeigt, dass die Stadt Biel sich in derselben Situation befindet wie die anderen Städte und sich lediglich die Präsentation anders gestaltet.

Bohnenblust Peter, FDP: Das vorliegende Budget 2021 muss genau studiert werden. Der Stadtpräsident hat vorhin gesagt, dass sich unsere Finanzen auf einem guten und nachhaltigen Weg befinden und Biel vergleichbar mit anderen Städten sei. Diese

Auffassung teile ich nicht ganz. Auf Seite 16 ist der Disparitätenabbau aufgeführt. Der Vergleich zeigt die Steuerkraft von Biel und anderen Gemeinden. Die Stadt Biel hat früher Beiträge einbezahlt, heute erhalten wir Geld und die Beträge nehmen stetig zu. Im Vergleich schneidet die Stadt Biel gegenüber anderen Städten immer schlechter ab. Auf Seite 55 verhält es sich mit dem dargestellten Ampelsystem ähnlich. Die einzige Ampel, welche auf Grün steht, betrifft den Zinsbelastungsanteil. Im Vergleich mit anderen Gemeinden schneidet die Stadt Biel auch hier schlecht ab.

Die Ausgaben an Subventionen und Beiträgen nehmen zu. Die Stadt Biel gibt sich immer noch grosszügig, von übertriebenen Sparanstrengungen kann keine Rede sein. Erwähnt wurden die hohen Vermögenswerte. Mit der Einführung HRM2 wurden die Liegenschaften im Vermögen aufgewertet. Das Eigenkapital hingegen ist relativ tief. Ich sage immer, die Stadt Biel ist reich, hat aber kein Geld. Die eingereichten Anträge sind aus meiner Sicht umsetzbar. Der Stadtrat ist in der Pflicht, die Verwaltung zu Sparmassnahmen zu zwingen.

Wiher Max, GLP: Seit ca. zehn Jahren werden die Budgetdebatten im selben Wortlaut geführt, lediglich der Stadtpräsident hat gewechselt. Bereits zu der Zeit von Herrn Stöckli debattierte Links gegen Rechts über Sparmassnahmen oder nicht. Die Rechte wollte 10% beim Sachaufwand sparen und Herr Stöckli war der Meinung, dass ein Kompromiss von 5% möglich und umsetzbar sei. Er hat jedoch nicht wie Herr Fehr heute auf einen konkreten Vorschlag für die Sparmassnahme bestanden. Ich bin überrascht über die Aussage von Herrn Fehr, zumal der Antrag der Fraktion FDP/PRR die 5% nicht übersteigt, welche vor 10 Jahren scheinbar ohne Problem einzusparen waren.

Koller Levin, JUSO: Die Fraktion GLP+ kritisiert immer wieder, alles gehe nur langsam vorwärts, vor allem z.B. bezüglich der Velo- oder Klimapolitik. Nun werden endlich Stellen geschaffen, damit Projekte diesbezüglich rascher durchgeführt werden können und ich gehe davon aus, dass Sie den Antrag der Fraktion FDP/PRR betreffend Personalaufwand nicht annehmen werden, da dies ein Widerspruch zu Ihrer Kritik über die lange Umsetzung wäre. Bezüglich der Kürzung des Sachaufwands bin ich mit dem Votum von Herrn Wiher nicht einverstanden, da wir weder dasselbe Budget noch dieselbe Situation wie vor 11 Jahren haben. Die Fraktion FDP/PRR stellt einen Antrag für eine generelle Kürzung des Sachaufwands ohne genauere Angabe und dies ist aus meiner Sicht verantwortungslos.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Gemeinderat ist der Meinung, dass sich die Zeiten geändert haben. Das Wachstum des Personal- oder Sachaufwands ist heute proportional zum Wachstum der Bevölkerung oder der Aufgaben viel kleiner. Die Spielräume, welche Herr Stöckli noch zur Verfügung hatte, existieren nicht mehr. Der Gemeinderat arbeitet intensiv am Budget und die Direktionen werden – basierend auf dem Durchschnitt der Ausgaben der letzten drei Jahre – das neue Budget begründen müssen. Wir haben keine hohen Vermögenswerte wegen der Neubewertungsreserve, Herr Bohnenblust. Grund dafür ist die 100-jährige grundsolide Bodenpolitik der Stadt Biel.

Abstimmungen

- über den Änderungsantrag der Fraktionen FDP und PRR betreffend Kontogruppe 30 «Personalaufwand», Kürzung um CHF 1 Mio.

Der Antrag wird angenommen.

- über den Änderungsantrag der Fraktionen FDP und PRR betreffend Kontogruppe 31 «Sach- & übriger Betriebsaufwand», Kürzung um CHF 1,89 Mio.

Der Antrag wird angenommen.

Cadetg Leonhard, Stadtratspräsident: Die Sitzung ist beendet, ich wünsche Ihnen eine gute Nacht und bis morgen.

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 23:20 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / *Le président du Conseil de ville*:

Cadetg Leonhard

Die Ratssekretärin / *La secrétaire parlementaire*:

Klemmer Regula

Protokoll:

Scheurer Nathalie

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane